

# SCHWÄBISCHES TAGBLATT

FREITAG, 12. DEZEMBER 1947

VERLAG UND SCHRIFTFLEITUNG: TUBINGEN, UHLANDSTRASSE 2

3. JAHRGANG / NUMMER 99

## Russische Reparationsforderungen unverändert

Britisches Memorandum als Diskussionsgrundlage anerkannt / Keine wesentlichen Fortschritte

LONDON In der 12. Sitzung der Außenminister am vergangenen Montag legte Außenminister Molotow einen umfassenden Vorschlag zu dem Problem der wirtschaftlichen Grundsätze für die Regelung des Friedens mit Deutschland vor und beantragte, der Rat möge von ihm vorgelegten Text als Grundlage für seine Arbeit annehmen. Seine Vorschläge und die der britischen Denkschrift in Betracht ziehen, ohne sich indes gebunden zu fühlen. Der Außenministerrat nahm diesen Vorschlag an.

In dem sowjetischen Dokument, das aus zwei Teilen besteht, wird im ersten Teil ein Vorschlag über das deutsche Wirtschaftsniveau unterbreitet und eine Regelung der Reparationen gefordert. Der zweite Teil kommentiert den ersten. Molotow fordert in dem Dokument die anderen Delegationen auf, die Notwendigkeit des Wiederaufbaus der deutschen Industrie unter Berücksichtigung der Sicherheit der Nachbarländer anzuerkennen. Alle Maßnahmen müßten auf ganz Deutschland ausgedehnt werden.

Molotow schlug weiter vor, das Niveau der Stahlproduktion für ganz Deutschland auf 10 bis 12 Millionen t zu erhöhen, die wirtschaftlichen Schranken zwischen den Zonen zu beseitigen und alle deutschen Wirtschaftsorgane, die nicht für ganz Deutschland zuständig seien, aufzulösen.

Zum Thema Reparationen gab Molotow, auf das Potsdamer Abkommen bezugnehmend, bekannt, es sei notwendig, den von Deutschland geschuldeten Gesamtbetrag an Reparationen auf der Basis der Weltmarktpreise von 1948 festzusetzen. Der Betrag, der an die Sowjetunion zu entrichtenden Reparationen sei auf 10 Milliarden Dollar festzusetzen. Die UdSSR werde jedoch von ihrem Teil der Pöden zukommenden Reparationsleistungen begleitet.

Die Zahlung dieser Reparationen könne in vier verschiedenen Formen vor sich gehen: Entnahme industrieller Einrichtungen, jährliche Warenlieferungen aus der laufenden Produktion, deutsche Guthaben im Ausland und verschiedene Dienste. Die Entnahme industrieller Einrichtungen aus den Westzonen, die der Sowjetunion zukommen sollen, müsse bis Ende 1948 abgeschlossen sein. Die Reparationen insgesamt sollen in einem Zeitraum von 20 Jahren geleistet werden.

In dem Kommentar zu diesen Vorschlägen unterzog Molotow die Politik der Westmächte in ihren Zonen einer scharfen Kritik.

Auf eine Anfrage Marshall's ob die sowjetischen Reparationsforderungen eine Bedingung für das Zustandekommen eines allgemeinen Abkommens über die Reparationen darstelle, erwiderte Molotow, daß seine Forderung keine Vorbedingung sei.

Lord Pakenham der in dieser Sitzung den leicht erkrankten britischen Außenminister

vertrat, erklärte, England habe die von der UdSSR geforderte Reparationssumme von 10 Milliarden Dollar nicht anerkannt und werde sie auch weiterhin nicht anerkennen. Deutschland würde sich, wenn es eine solche Summe bezahlen müßte, buchstäblich weißbluten.

Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung beschloß der Rat, das von England vorgelegte Dokument, unter Einfügung der entsprechenden Klauseln der sowjetischen und einer französischen Denkschrift (letztere wurde von Bidault vorgelegt) als Diskussionsbasis anzunehmen.

In der Dienstagsitzung wurden Probleme technischer Art besprochen. Es ging dabei vor allem um einzelne Artikel des britischen Memorandums.

Molotow fragte u. a., ob die Engländer den Teil des sowjetischen Dokumentes annehmen, der die Aufhebung der bilateralen Organismen betreffe. Bevin stellte hierzu fest, diese Organismen behinderten den Warenverkehr nicht. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden. Ein anderer Artikel, der die Aufstellung eines gemeinsamen Export-Importprogrammes für Gesamtdeutschland betrifft, fand die Billigung des Rates.

In der Mittwochsitzung befaßten sich die Außenminister mit weiteren Punkten des britischen Dokuments.

Außenminister Molotow befaßte sich beson-

ders eingehend mit dem Verkauf der deutschen Kohle im Ausland, die dort mit 10 Dollar pro Tonne abgesetzt werde, während das deutsche Volk nur 3,6 Dollar pro Tonne erhalte. Von englischer Seite wurde ihm entgegengehalten, daß jeder Pfennig, der aus der deutschen Kohle erzielt werde, dazu diene, Lebensmittel für das deutsche Volk zu kaufen. Bevin fragte Molotow, wann ihm der Bericht über die Kohleerzeugung der Sowjetzone geliefert werde, den er vor einem Jahr angefordert habe.

Staatssekretär Marshall betonte nachdrücklich, daß keine Reparationen aus der deutschen laufenden Produktion geleistet werden könnten, da dies entweder eine Belastung der USA oder einen Niedergang des deutschen Lebensstandards, der auf die europäische Wirtschaft einen verderblichen Einfluß haben könnte, zur Folge haben müsse. In Westdeutschland seien Einfuhren im Wert von 700 Millionen Dollar notwendig gewesen, während in den Sowjetzonen Entnahmen in Höhe von 500 Millionen Dollar jährlich erfolgt seien. Außerdem seien große sowjetische Trusts gebildet worden. Zur Aenderung dieser Lage schlage die USA vor, daß ab 1. Januar aus Deutschland nichts mehr ausgeführt werden dürfe, es sei denn, es werde in Devisen oder in Material gleichen Werts, das sofort in der deutschen Industrie Verwendung finden könne, bezahlt.

## Regierungserklärung zur Demontage

Militärregierung hat Prüfung einer Denkschrift zugesagt / Letzte Landtagsitzung dieses Jahr

BEBENHAUSEN. In der 11. Sitzung des Landtags von Württemberg-Hohenzollern am vergangenen Dienstagmittag verlas Staatspräsident Lorenz Bock eine Regierungserklärung zur Demontage mit folgendem Wortlaut:

„Die Frage der Demontage bildet die unablässige Sorge der Staatsregierung. Je mehr sie die Auswirkung der nach der übergebenen Liste vorgesehenen Demontage überprüft, desto mehr vertieft sich bei ihr die Überzeugung, daß die unabdingbaren Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben des Volkes in Frage gestellt sind. Der Staatsregierung sind auch die tiefen Sorgen nicht unbekannt, welche alle Schichten der Bevölkerung erfüllen. Nach wie vor wird die Staatsregierung daher alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um die lebenswichtigen Interessen des Volkes zu verteidigen.“

Im gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Staatsregierung damit befaßt, in einer ausführlichen Denkschrift den Nachweis für die katastrophalen Auswirkungen zu erbringen, die sich im Falle der Durchführung der Demontageliste einstellen müßten. Die Militärregierung hat eine genaue Prüfung dieser Denkschrift zuge-

sagt. Infolge davon ist die Staatsregierung der Auffassung, daß es im Augenblick nicht zweckmäßig wäre, wenn der Landtag in eine Aussprache über die Frage der Demontage eintreten würde. Zu gegebener Zeit wird die Staatsregierung vor diesem hohen Hause weitere Erklärungen abgeben.“

Landtagspräsident Gengler beantwortete die Regierungserklärung im Namen der vier Parteien:

„Der Landtag nimmt von der Erklärung der Staatsregierung zur Demontage Kenntnis. Der Landtag billigt die bisherigen Schritte der Staatsregierung und erwartet von ihr, daß sie auch weiterhin alle zur Verfügung stehenden Mittel ergreift, um die untragbaren verhängnisvollen Folgen einer Durchführung dieser Demontageliste vom Lande fernzuhalten. Die Staatsregierung wird ersucht, die Denkschrift alsbald der Militärregierung vorzulegen und dem Landtag über das Ergebnis der Überprüfung zu berichten.“

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden eine Reihe von Anträgen an die entsprechenden Ausschüsse überwiesen. Innenminister Renner wies bei der Beantwortung einer Anfrage des Abgeordneten Schneider (CDU), die die Frage der Erleichterung des Zugangs in bestimmten Fällen betraf, darauf hin, daß die französische Militärregierung allein schon mit Rücksicht auf die schwierige Ernährungslage die Befreiung von der Zugangsperre sich vorbehalten habe. Daß der Standpunkt der französischen Militärregierung, die Zugangsfrage stehe in engstem Zusammenhang mit dem Umsiedlungsproblem, viel Richtiges für sich habe, gehe schon daraus hervor, daß es sich nicht um einzelne Zugangsträge, sondern um eine Massenbewegung handle.

Von Februar bis November 1947 seien von insgesamt 15 620 Anträgen 9049 genehmigt, 4771 abgelehnt worden; 1800 Fälle würden derzeit noch bearbeitet. Bei den Entscheidungen der Militärregierung würde weitgehend Rücksicht genommen auf den Zugang von Arbeitskräften, auf die Besetzung geistlicher Stellen, auf den Schwesternaustausch und auf Studenten, die in Tübingen zu studieren beabsichtigen. Die Regierung werde alles tun, um eine Beschleunigung des Zugangsverfahrens bei der Militärregierung zu erreichen.

Zu einem Antrag, der sich mit den Oelschieferwerken befaßte und feststellte, daß ein Teil des enteigneten Bodens mit geringen Kosten wieder landwirtschaftlich nutzbar gemacht werden könne, erklärte Staatspräsident Bock, das französische Sequester über die Oelschieferwerke laufe am 31. 12. 1947 ab. Das Finanzministerium werde bis dahin für diese Werke

Fortsetzung auf Seite 3

## In Frankreich wird wieder gearbeitet

Regierungsbeschlüsse führen Ende des Streiks herbei / UdSSR verstimmt

PARIS. Auf Grund von Vorschlägen der französischen Regierung haben der Streikschuß, die Mehrheitsfraktion und die Minderheitsgruppe des Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes den Abbruch der Streiks und Wiederaufnahme der Arbeit angeordnet. In einem Kommuniqué des „nationalen zentralen Streik-ausschusses“ wird betont, es sei jetzt nötig, die Streikkräfte für die künftigen Kämpfe zu sammeln.

Dem Streikabbruch liegen folgende Regierungsbeschlüsse zugrunde: Gegen Streikhandlungen werden keine Sanktionen verhängt, lediglich Vergehen gegen das Strafgesetz (Sabotageakte, offenbare Gewaltanwendung und Hinderung der Arbeitsfreiheit) werden bestraft. Die Streikklage werden nicht bezahlt. Dagegen wird die ab 24. November zu zahl-

Großteil der Arbeiter in ihre Betriebe zurückgekehrt ist, so daß für dieses Mal die allgemeinen Streiks als beendet angesehen werden dürften.

Die Lebenshaltungskosten in Paris sind seit Juli dieses Jahres um 42 Prozent gestiegen.

Die Regierung der UdSSR hat der französischen Regierung zwei Noten übermittelt. Die eine gibt den Entschluß bekannt, die Handelsbesprechungen mit Frankreich abzubrechen. In der anderen wird der französisch-sowjetische Reparationsvertrag vom Juni 1945 wegen der „Verfolgungen sowjetischer Staatsbürger“ in Frankreich als hinfällig erklärt. Die Sowjetregierung hat bereits ihre Reparationskommission aberufen und die französische Kommission in der Sowjetunion aufgefördert, sofort das sowjetische Staatsgebiet zu verlassen.

In London ist man der Ansicht, daß die Versteifung der politischen Haltung der UdSSR gegenüber der französischen Regierung auf Grund der von Schuman an den Tag gelegten energischen Haltung gegen die kommunistische Partei nicht unerwartet komme.

In einer Sitzung am vergangenen Mittwoch beschloß der französische Ministerrat, die Note der sowjetischen Regierung als „unannehmbar“ an die sowjetische Regierung zurückgehen zu lassen.

## Kredite für deutsche Wirtschaft

WASHINGTON. Außenminister Kenneth Royall gab am vergangenen Montag bekannt, Präsident Truman werde beim Kongreß die Bewilligung größerer Kredite für die Wiederingangsetzung der deutschen Wirtschaft verlangen. Diese Forderung sei ein Bestandteil des Planes für den Wiederaufbau der gesamteuropäischen Wirtschaft und stelle keineswegs eine Fortsetzung der Hilfe dar, die zurzeit schon gewährt werde.

## Osteuropäischer Staatenbund?

BUDAPEST. Am vergangenen Montag wurde in Budapest ein Freundschafts- und Beistandspakt zwischen Ungarn und Jugoslawien unterzeichnet. Für Ungarn unterschrieb Ministerpräsident Dinnyes, für Jugoslawien Marshall Tito.

In amtlichen Londoner Kreisen lehnt man es ab, den Gerüchten über die Reisen Titos und die eventuelle Schaffung eines mittel- und osteuropäischen Staatenbundes besondere Bedeutung beizumessen. Nach diesen Gerüchten geht die Initiative zur Schaffung eines solchen Staatenbundes von der Sowjetunion aus.

## Jüdischer Staat im britischen Empire

LONDON. Verantwortliche Mitglieder der jüdischen Agentur haben in den letzten Tagen Besprechungen mit verschiedenen britischen militärischen Führern über die Möglichkeit der Bildung eines jüdischen Staates, der dem britischen Empire angeschlossen werden soll, geführt. Eine englische Zeitung berichtet hierzu aus Jerusalem, die Bewegung gehe von Juden aus, die im letzten Krieg in der britischen Armee gedient hätten.

## Außenpolitik

Von Universitätsprofessor Dr. Paul Herrs

### II. Prinzipien und Methoden

Stehen wir hinsichtlich der Beziehungen zwischen Außenpolitik und Innenpolitik vor der Doppelfrage: wie sahen sie bisher aus und wie sollen und werden sie künftig aussehen, so tun wir das erst recht für die Prinzipien und Methoden der Außenpolitik. Seit Jahrhunderten hat sie auf der Grundlage einzelstaatlichen Handelns die europäische Entwicklung bestimmt und dem europäischen Staatensystem wie auch dem Weltstaatensystem, das in den letzten Generationen emporwuchs, das Gepräge gegeben. Wird das so bleiben?

Mit dem Prinzip des einzelstaatlichen Egoismus waren die Mittel und Methoden, die zu seiner Durchsetzung gehandelt wurden, in voller Übereinstimmung. Bündnisse und Verträge in offener oder geheimer Diplomatie waren bis in unsere Zeit an der Tagesordnung und es waren durchaus nicht immer rein defensive Absichten mit ihnen verknüpft. Der Sieg des nationalen Prinzips im 19. Jahrhundert hat das Wesen der Außenpolitik dabei keineswegs geändert. Mit der Steigerung des nun von der ganzen Nation getragenen staatlichen Bewußtseins stärkten sich vielmehr auch die Tendenzen der einzelstaatlichen Sicherung wie des einzelstaatlichen Geltungswillens, und erst eigentlich im Gefolge dieser Entwicklung kam es zu dem scharfen Hervortreten des Problems, das heute schicksalhaft das Völkerleben beherrscht und dessen Lösung über die Zukunft der Menschheit entscheidet.

Den wesentlichen Inhalt bildet das Spannungsverhältnis zwischen Recht und Macht. Wo lag und liegt die Grenze des einzelstaatlichen Interesses? Es ist in der menschlichen Natur und in der Natur des menschlichen Zusammenlebens begründet, daß die Wahrung der staatlichen Interessen nicht an einem innersten Punkt weitestgehender Bescheidenheit und Anspruchlosigkeit stehen bleibt, sondern sich elementar zu Machtforderungen ausweitet, die gegen die andern Staaten durchgesetzt werden müssen. So schmerzlich es dem idealen Vorkämpfer eines ewigen Völkerfriedens sein mag: der Machtdenke ist vom staatlichen Leben nicht zu trennen.

Aber es bleibt ebenso wahr, daß es bei der Außenpolitik keineswegs allein um die Durchsetzung von Machtwillen und Machtzielen geht. Einzelne Zeitalter haben außenpolitisch Handeln zwar nur in diesem Sinne verstanden und zumal wir Deutsche haben in jüngster Zeit, weniger auf Grund bestimmter Anlagen als geschichtlicher Verflechtungen, zu unserm Unheil einen wahren Machtkult getrieben. Das menschliche Zusammenleben verlangt aber gebieterisch einen Ordnungszustand und bedarf gegenüber dem Unruhe und Kriege erzeugenden Machtstreben einer ausgleichenden rechtlichen Instanz. Der Rechtsgedanke übernahm nach der Auflösung der alten christlichen Völkergemeinschaft die regulierende Funktion des christlichen Solidaritätsgefühls und über und zwischen den Nationen erhob sich das Völkerrecht als die neue sittliche Kraft abendländischer Prägung, die staatlicher Maßlosigkeit Schranken setzt.

Allerdings nicht in unangefochtener Autorität. Aber gerade in dem rechtswahrscheinlichen Geltendmachen des einzelstaatlichen Interesses in dem Spannungsfeld zwischen Recht und Macht liegt die eigentliche Aufgabe neuzeitlicher Außenpolitik, und es handelt sich dabei durchaus nicht um das Ausspielen von Macht. Auch der machtloseste Staat kann Außenpolitik treiben. Aber in jedem Falle muß sich mit der Kenntnis des großen völkerrechtlichen Rahmenwerkes der Wille verbinden, verantwortungsfreudig und ohne Paragrapheneitel von seinen Satzungen Gebrauch zu machen.

Ein guter Völkerrechtslehrer ist noch kein guter Außenpolitiker! Wie nur echte und sittlich tief verwurzelte Staatsmannschaft die naturhafte Spannung zwischen Recht und Macht in sich überwinden kann, so kann auch sie allein durch das Dornenestrüpp eines natürlich und künstlich überwucherten Völkerlebens den rechten Weg finden.

Die Demokratisierung der Welt hat, wie der wissenschaftliche Beobachter feststellen muß, die Dinge durchaus nicht nur verbessert und vereinfacht. Gewiß ist zu begrüßen, daß die Geheimpolitik weitgehend der offenen Politik Platz gemacht hat, aber dafür hat die Notwendigkeit, auf die parlamentarischen Vertretungen und die öffentliche Meinung Rücksicht zu nehmen oder Einfluß auszuüben, neue Formen der Verschleierung erzeugt und rein taktisch zu verstehenden propagandistischen Einwirkungen das Tor geöffnet. Auch die Verdrängung der alten Berufsdiplomatie mit ihren konservativen und international abgeschliffenen Formen und Methoden zugunsten eines dem innerpolitischen Leben entstammenden Politikertums bringt mancherlei Nachteile mit sich. Aber das Große und Zukunftweisende bleibt die grundsätzliche Ueberordnung des Rechtsgedankens über das Machtprinzip und das Eintreten für die unbedingte Wahrung des bestehenden Rechts. Allerdings offenbart das Bestehenlassen regionaler Bündnisse innerhalb des Völkerbundes wie der Vereinten Nationen zusammen mit der Heraushebung einer bevorrechteten Oberschicht von Weltmächten, wieviel noch aus der alten Staatengemeinschaft erhalten geblieben ist.

Aber demgegenüber mag von neuem darauf hingewiesen werden, daß die Menschheit erst

an der Schwelle einer neuen Epoche steht und daß den zwischenstaatlichen Einrichtungen noch stark der Charakter des Übergangs anhaftet. Das Wesentliche bleibt, daß sich die verantwortlichen Staatsmänner über die ihnen zugefallene schicksalsschwere Aufgabe klar sind; zwischen dem einzelstaatlichen Interesse und seiner Bindung im überstaatlichen Recht einen dauerhaften Ausgleich herzustellen.

In außenpolitischer Hinsicht ergibt sich daraus für den Einzelstaat, zumal für den übermächtigen Einzelstaat, die Notwendigkeit, sich in der Ausübung der Souveränitätsrechte und des Machtgedankens zu mäßigen und die Weltorganisation der Vereinten Nationen nicht zu einem Kampfplatz zu degradieren, auf dem die Mächte zwar mit neuen Methoden, aber mit der alten Gewinnung nationaler Unfallsamkeit und den alten Zielen machtmäßiger Überbrumpfung nur wieder erbittert die Waffen kreuzen. Stehen wir vor einer solchen grundsätzlich neuen Außenpolitik oder gar vor einer neuen Völkerordnung, die die außenpolitischen Funktionen allmählich auf ein Minimum beschränkt? Die Londoner Außenministerkonferenz wird für die Antwort von entscheidender Bedeutung sein.

Gleichberechtigung im Betrieb

BADEN-BADEN. Bei einer Besprechung arbeitsrechtlicher Fragen durch die Arbeitsminister der Länder der französischen Besatzungszone in Baden-Baden wurde bei der Erörterung des zukünftigen Betriebsarbeitsgesetzes davon ausgegangen, daß die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital gleich zu bewerten und daher auch die Arbeitnehmer den Unternehmern als gleichberechtigt anzusehen seien. Diese Gleichberechtigung rechtfertigt das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in den Betrieben.

Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in wirtschaftlichen Angelegenheiten der Betriebe werde grundsätzlich anerkannt. Hier müßten jedoch zuvor die zurzeit geltenden gesetzlichen Grundlagen entsprechend geändert werden. Zu klären sind noch die Möglichkeiten, die für die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechts im Wirtschaftsprozess gegeben sind.

Unter den Ministern bestand Einmütigkeit darüber, daß in den drei Ländern der Zone gleichlaufende Betriebsarbeitsgesetze anzustreben seien, um so auf dem Gebiet des Sozialrechts in einem großen Teil Südwestdeutschlands eine gleichartige Regelung zu erreichen.

Fortsetzung von Seite 1

Regierungserklärung...

einen Treuhänder zu bestellen haben. Es sei zugleich zu überlegen, inwieweit der Staat hier Kapital investieren dürfe, falls die Rentabilität nicht gewährleistet sei.

In der Mittwochvormittagsitzung befaßte sich der Landtag wiederum mit einer Reihe von Anträgen, die zum Teil an die entsprechenden Ausschüsse, zum andern Teil an die Regierung verwiesen wurden.

In der Nachmittagsitzung beschloß der Landtag in zweiter und dritter Lesung über den Entwurf eines Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich zwischen Land und Gemeinden (Gemeindeverbände) für das Rechnungsjahr 1947. Der Gesetzentwurf wurde unverändert angenommen.

Eine lebhaft entwickelte Diskussion entwickelte sich bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes über die Einführung der Dienstpflicht zum Zwecke der Durchführung der politischen „Blutreinigung“. Die einzelnen Fraktionsführer, der Staatspräsident, der Justizminister und der Innenminister erwogen eingehend für und wider diesen Gesetzentwurf.

Der Gesetzentwurf wurde in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der SPD, KPD und eines Teils der DVP angenommen.

Vier Anträge des Finanzausschusses (zum Entwurf des Lastenausgleichsgesetzes, über die Wirtschaftlichkeit der Oelschleiferwerke, über Grundstücksentwässerung im Zusammenhang mit den Oelschleiferwerken und über Beschäftigung von Arbeitnehmern über 65 Jahre) wurde zugestimmt.

Die nächste Sitzung des Landtags dürfte wohl erst 1948 stattfinden.

Robert Bosch

Von Theodor Heuß

Damals, 1881, als der Bruder zu den Soldaten ging, war Albert eine füllige Kraftnatur gewesen; sein früher, trauriger Ausgang ist gewiß auf Robert Boschs strenge, ja vorsichtige spätere Lebensführung nicht ohne Einfluß geblieben. Als Truppe wählte sich der Einjährig-Freiwillige das Pionier-Bataillon 13; die Verbindung des Militärischen mit dem Technischen legte das nahe. Nun ist freilich von diesem Dienstjahr wenig zu berichten. Robert Bosch hat in seinen „Erinnerungen“ sich mit kurzen Sätzen begnügt, die besagen, daß die Rückschau wenig Wichtiges fand: „Obgleich ich eigentlich keine Freude hatte am Soldatsein, machte mir die Arbeit doch manchen Spaß. Körperlich gewandt und unternehmungslustig zur Waghalsigkeit, überschätzte ich doch meine Kräfte nicht, sondern verstand mich auch aus manchmal gefährlichen Lagen herauszufinden.“ Das ist alles. In den gelegentlichen Aufzeichnungen sind einige solche „Waghalsigkeiten“ aufbewahrt: Wetschwimmen bei einer Übung in der Nähe von Koblenz, der Sprung über einen Wallgraben von vier bis fünf Meter Breite, vor dem Leutnant und Sergeant zögerten — es ist das Gefühl der turnerischen Sicherheit, das Wissen, daß er die Kraft der Muskeln und die beweisliche Gewandtheit des Körpers richtig einschätzte, das ihn zum technisch guten Soldaten machte.

Die militärische Laufbahn ging reibungslos zu den üblichen Terminen wurde Bosch Gefreiter und Unteroffizier. Die Vorgesetzten hatten offenbar Freude an seinen Leistungen, vielleicht gefiel ihnen besonders die zuverlässige und gute Art, in der er Karten zeichnete konnte. Der Kommandeur des Bataillons machte ihm am Abschluß der Dienstzeit den Vorschlag, Berufsoffizier zu werden. „Aber vom Soldatsein wollte ich nichts wissen.“ Das ist die Formulierung der Rückschau. Der Instinkt

Krise des Wirtschaftsrats in der Bi-Zone

M. A. Als England und die Vereinigten Staaten seinerzeit übereinkamen, ihre Besatzungszone wirtschaftlich zusammenzuschließen und den deutschen Behörden Vollmacht zu erteilen, eine wirtschaftliche Dachorganisation zu schaffen, wurde von deutscher Seite mit Eifer und allen bürokratischen Feinessen, deren eben nur wir Deutsche fähig sind, daran gegangen, diese Organisation aufzubauen. Sie ist inzwischen zu einem Monstrum angewachsen, das ein Heer von Beamten und Angestellten umfaßt. Ihre Zahl würde spielend für eine Weltregierung ausreichen.

Der Normalverbraucher als zahlender Zuschauer im Zirkus der deutschen Bürokratie war genauso auf die ersten Darbietungen. Sie ließen recht lange auf sich warten, und als es endlich losging, wickelte sich das Programm sehr schleppend ab. Doch schließlich braucht eine neue Organisation ihre Zeit, bis sie sich eingespielt hat, und an dem ehrlichen Willen der Männer im Frankfurter Wirtschaftsrat, die bizonalen Probleme zu meistern, konnte auch ein Böswilliger nicht zweifeln.

Leider ist es mit dem guten Willen allein nicht getan. Dies hat sich gerade auf einem der wichtigsten Sektoren der Winterversorgung für die Bizonen erwiesen: auf dem Sektor der Kartoffelversorgung nämlich. Mit dem unruhlichen „Kartoffelkrieg“ zwischen Bayern und dem Wirtschaftsrat begann es und mit der Feststellung im Wirtschaftsrat, die Kartoffelversorgung sei zusammengebrochen, hörte es auf. Wenigstens für den Wirtschaftsrat.

Für einen Großteil der Bevölkerung der Bizonen fängt es damit aber erst an. Es helen noch härtere Worte in Frankfurt: das Versagen des Wirtschaftsrates habe vor aller Welt klar erwiesen, daß das gegenwärtige Verwaltungssystem der Bizonen völlig unmöglich sei. Dr. Schlange-Schöningen sprach diese Worte. Er wünscht einen schärferen Zentralismus und macht den Länderregierungen für das Versagen des Wirtschaftsrates weitgehend verantwortlich. Vom Standpunkt des Wirtschaftsrates aus hat er recht. Wenn aber die Länderregierungen als Gegenargument anführen, der Wirtschaftsrat stelle teilweise Forderungen, die von den Ländern unmöglich zu erfüllen seien, so haben auch sie nicht ganz unrecht.

Der Norden braucht zum Beispiel vor allem Lebensmittel der Süden Kohle. Beides aber ist nicht in genügender Menge vorhanden. So spielt sich tagtäglich ein Tausch zwischen dem Wirtschaftsrat und den Ländern ab, wobei jeder Teil möglichst viel haben und möglichst wenig geben will. Und im Zuge dieses Tauschens werden bürokratische Mammutbe-

hörden aufgebaut, um die fehlende Autorität durch die Zahl zu ersetzen.

Das sogenannte Bewirtschaftungsgesetz ist ein weiteres Kriterium dieses Zustandes. Der Wirtschaftsrat hat es angenommen. Wer aber sorgt für seine Durchführung? Der Wirtschaftsrat verfügt über keine Exekutive. So wurde folgerichtig ein „Erzwingbarkeitsgesetz“ gefordert. Wer aber erzwingt die Durchführung des „Erzwingbarkeitsgesetzes“? Hier bewegt man sich doch auf dem berühmten circuitus vitiosus...

Will man aber einen schärferen planwirtschaftlichen Kurs steuern, dann müßte Frankfurt seine Vollmachten nicht nur auf dem Papier erhalten; eine Wirtschaftsexekutive wäre notwendig. Doch als Vorbedingung einer wirtschaftlichen Weiterentwicklung bleibt nach wie vor die Notwendigkeit einer Steigerung der Produktion bestehen. Erst muß produziert werden, dann erst kann verteilt werden.

Wohin aber das gegenwärtige Bewirtschaftungssystem in der Bizonen führt, das geht aus folgendem hervor: Im bayerischen Wirtschaftsministerium besteht seit 1946 eine Stelle, die die Verteilung von Nähmaschinen vornimmt und die mit vier Herren besetzt ist. In einem ganzen Jahr sind aber nur vier Nähmaschinen verteilt worden. Die vier Herren beziehen also praktisch eine Staatspension. Hier wird die tödliche Krankheit unserer Wirtschaft sichtbar: einer geringen Produktion stehen ungeheure Verteilungsapparate gegenüber.

Praktisch wirkt sich das so aus, daß die Zahl der Arbeitsstunden, die für die Herstellung eines bewirtschafteten Artikels nötig ist, nicht einen Bruchteil der Arbeitsstunden beträgt, die die Bürokratie nachträglich noch zur Verteilung aufwendet... Unter derartigen Umständen ist eine Wirtschaftankurbelung unmöglich, da die unproduktive Behördenarbeit die produktive Arbeit in den Betrieben weit übersteigt und jede produktive Arbeit langsam aber sicher unter einer Flut von Papier erstickt wird.

Nachdem erst kürzlich der „Kartoffelkrieg“ zwischen Bayern und dem Frankfurter Wirtschaftsamt durch ein Kompromiß beigelegt werden konnte, droht jetzt der Ausbruch eines „Fettkrieges“. Der bayerische Landwirtschaftsminister, Dr. Baumgartner hat erklärt, er habe von Frankfurt die Auflage bekommen, 800 Tonnen Fett aus Bayern zu liefern. Einige Tage später sei die Auflage auf 1200 Tonnen erhöht worden. Es sei für Bayern völlig unmöglich, die 1200 Tonnen Fett auszuführen. Er werde jetzt das ganze Material über diesen Komplex der Militärregierung und dem Verwaltungsamt für Ernährung und Landwirtschaft in Frankfurt zuleiten.

Nachrichten aus aller Welt

Deutschland

BADEN-BADEN. Der frühere Generalinspekteur der französischen Besatzungszone, Laifon, der am 14. November von seinem Posten zurückgetreten ist, hat am vergangenen Montag endgültig die französische Besatzungszone verlassen.

STUTTGART. Das Württembergische Münzamt hat unter Kontrolle einer alliierten Kommission die Prägung von Zehnzentstücken aufgenommen.

STUTTGART. Württemberg-Baden hat noch rund 225 000 Flüchtlinge aufzunehmen. Bisher hat Württemberg-Baden 225 000 Flüchtlinge untergebracht.

STUTTGART. Die Lagersprachkammer des Internationsrats Ludwigsburg wählte die ehemalige Chefschreiberin Hilfers, Christa Schröder, in die Gruppe der Hauptbediensteten ein und verwies sie für die Dauer von drei Jahren in ein Arbeitslager.

WIESBADEN. Die Gesamtheit der Wiesbadener Industriearbeiterschaft leitete die Aufforderung der Wiesbadener Gewerkschaften zu einem einständigen Streik als Protest gegen die schäblichste Erniedrigung ab.

DÜSSELDORF. In Düsseldorf wurden nach Angaben des Wirtschaftsministeriums für Nordrhein-Westfalen vier Ausschüsse, die den „Fahrplan“ für den Demontagegebietsaufbau aufstellen sollen, gebildet.

MÜHLHEIM/RUHR. Der Entnazifizierungsausschuß von Mühlheim/Ruhr hat den westdeutschen Großindustriellen Hugo Stinnes in die Gruppe 3 eingestuft. Das Urteil bedarf noch der Bestätigung durch die zuständige britische Stelle.

BERLIN. Der Vorsitzende der SED, Wilhelm Pieck, und der zweite Vorsitzende der LDP, Arthur Liebert, überreichten am vergangenen Dienstag der britischen Militärregierung ein Einzelgesuch für die auf dem „Volkskongreß“ gewählte Delegation zur Londoner Außenministerkonferenz.

Ausland

WIEN. Die sowjetischen Behörden in Osterreich haben die Erlaubnis zur Ueberfliegung des russischen Besatzungsgebietes in Oberösterreich zurückgezogen und die Kontrolle der alliierten Luftfahrt über Osterreich gefordert.

PARIS. Winston Churchill ist in Begleitung seiner Frau und seiner Tochter über Paris nach Marokko geflogen. Er hofft, dort die notwendige Ruhe zur Fertigstellung seiner „Erinnerungen“ zu finden.

STOCKHOLM. Am vergangenen Montag feierte Schweden den 48. Jahrestag der Thronbesteigung König Gustav V.

PRAG. Am vergangenen Dienstag wurde der persönliche Gesandte Hüllers bei der slowakischen Regierung Tiso, Ludin, und der SS-General Hermann Höfle, im Hofe des Prager Gefängnisses hängend.

TEHERAN. Der iranische Ministerpräsident Ghavam ist zurückgetreten, nachdem ihm die Kammer mit 48 gegen 28 Stimmen bei 23 Stimmenthalten das Vertrauensvotum verweigert. Sämtliche Mitglieder des Kabinetts Ghavam sind bereits vor einer Woche zurückgetreten.

Jakob Kaiser unerwünscht?

BERLIN. Der sowjetische Verbindungsoffizier Hauptmann Kratyn hat nach Meldungen aus Berlin den Parteivorsitzenden der CDU in der Ostzone, Jakob Kaiser, gefragt, ob er nicht die Absicht habe, zurückzutreten.

Im Laufe der Unterhaltung ließ Jakob Kaiser durchblicken, daß er absolut nicht die Absicht habe, seine Haltung zu ändern. Der sowjetische Offizier machte geltend, daß zahlreiche wichtige Persönlichkeiten der Partei aus eigener Initiative an dem Volkskongreß teilgenommen hätten und daß diese Tatsache eine Mißbilligung der von Kaiser verfolgten politischen Linie sei.

„Welche Konsequenzen“, so fragte er, „wollen Sie daraus ziehen?“ „Überhaupt keine“, antwortete Kaiser, und fügte hinzu, „Ich werde erst zurücktreten, wenn mir ein Parteikongreß sein Mißtrauen ausspricht, oder die sowjetische Militärverwaltung mir den formellen Befehl dazu erteilt.“

Kreise der CDU haben jedoch den Eindruck, daß ein derartiger Befehl nicht erlassen wird. Man betrachtet den Schritt des Hauptmanns Kratyn als einen Versuch zur Beeinflussung des Vorstandes der CDU in der Ostzone, der die Frage des endgültigen Beitritts der Partei zum Volkskongreß bearbeiten soll.

Cuhorst wieder in Haft

FRIEDRICHSHAFEN. Der in Nürnberg freigesprochene ehemalige Senatpräsident des Sondergerichts Stuttgart, Hermann Cuhorst, ist am vergangenen Dienstagabend in Kreßbronn im Hause seiner Mutter von der französischen Gendarmerie verhaftet worden. Ein amerikanischer Offizier hatte ihn nach dem Freispruch dorthin gebracht.

Nach einer Mitteilung der US-Militärregierung für Württemberg-Baden wurde an die französische Militärregierung das Eruchen gerichtet, Cuhorst solange festzuhalten, bis seine Auslieferung an die deutschen Behörden erfolgen könne. Cuhorst wird sich vor einer Stuttgarter Spruchkammer zu verantworten haben.

Nach einer weiteren Meldung aus Stuttgart wurde der ehemalige Senatpräsident der Landespolizei von Nordwürttemberg zur Einlieferung in ein Internierungslager übergeben.

Notenendruck „für alle Fälle“

FRANKFURT. Meldungen aus Washington und London über den Neudruck von Noten, die im Falle eines Scheiterns der Londoner Konferenz bei einer Währungsreform in der Bizonen Verwendung finden sollen, sind von der Sonderstelle „Geld und Kredit“ der Zweizonenfinanzverwaltung ohne Überraschung oder Bestürzung aufgenommen worden. Man ist dort der Ansicht, daß eine Währungsreform nicht allein von dem Neudruck der Noten abhängt, und daß die zu ihrer Durchführung unerlässliche sorgfältig vorbereitete rechtliche Grundlage zurzeit noch keineswegs gegeben sei.

In übrigen werden für die Veröffentlichung der Nachrichten über den Notenendruck bei der Sonderstelle, wie auch in Kreisen des Wirtschaftsrates, hauptsächlich politische und weniger sachliche Gründe angenommen.

Ausgabe des Notgelds

TÜBINGEN. Das Finanzministerium von Württemberg-Hohenzollern hat am Mittwoch mit der Ausgabe der in einer Reutlinger Druckerei hergestellten Geldscheine über 5, 10 und 50 Pfennig begonnen. Der 5-Pfennigschein zeigt in brauner Farbe das Schloß Lichtenstein bei Honau, der 10-Pfennigschein in blauer Farbe das Schloß in Sigmaringen und der 50-Pfennigschein in karminroter Farbe das Tor des Schlosses Hohentübingen. Die Scheine haben in der gesamten französischen Zone Gültigkeit.

Herausgeber und Schriftleiter: Will Hauns Hehnacker  
Dr. Ernst Müller und Alfred Schwager  
Weitere Mitglieder des Redaktionsrat:  
Dr. Helmut Kuezza und Joseph Klingelhöfer  
Monatlicher Bezugspreis einseidl. Trügelohn 1,30 RM., durch die Post 1,74 RM., Einzelverkaufpreis 20 Pfg.  
Erscheinungstage Dienstag und Freitag

sagte ihm wohl, daß der Militärdienst als Beruf seinen Grundelementen nicht entsprach. Wohl war ihm der ertümliche Freiheitsdrang, der alle bloß konventionellen Bindungen kämpferisch angehende Individualismus seines Wesens noch nicht bewußt geworden — denn die Entfaltung des Eigentümlich-Persönlichen vollzog sich nicht in früher Reife, sondern in einer spröden, vielfach zögernden und dem eigenen Ingenium mißtrauenden Art. Bosch wäre ein guter, viel fordernder, vielseitiger und gerechter Vorgesetzter geworden, aber ein unbequemer und schwieriger Untergebener.

Die Frage eines möglichen Berufswechsels hat offenbar auch die Familie beschäftigt, deren politische Ueberlieferung, nach der Gewöhnung der damaligen „Deutschen Volkspartei“, sich nicht gerade durch Hinneigung zum Militär auszeichnete. Vielleicht hat Albert in dieser Sache anders gedacht. In jenem schon zitierten Brief aus dem Frühjahr 1883, der die Glieder der Familie der späteren Gattin vorstellt, kommt Bosch, den ältesten Bruder, den Adlerwirt von Jungingen charakterisierend, auf die Geschichte in guter Laune zurück: „Jakob ist ein Hauptdemokrat und Volkstribun, dessen besonderes Wohlwollen ich dadurch noch erlangte, daß ich nicht Offizier geworden bin, trotzdem Major Ziegler ihm gegenüber sich äußerte, daß dies für mich gut wäre.“

Bosch war als Offiziersaspirant entlassen worden, hat sich aber, da er seine berufliche Weiterbildung nicht unterbrechen wollte, von den Reservierungen beschreiben lassen. Bei einer Untersuchung durch einen deutschen Konsulatsrat während seines amerikanischen Aufenthaltes ist er 1885 feld- und karabinerdienstunfähig geschrieben worden. Ein Trommelfelddefekt, der aus einer jugendlichen Schießerei stammte und sich im Dienst öfters als lästig erwies, hatte sich verschlimmert. Die linksseitige Gehörbehinderung hat sich nie ganz behoben, blieb aber in erträglichen Grenzen, so daß Bosch sich wohl gelegentlich darüber ärgerte, aber nie eigentlich darunter litt.

Das Militärfahr brachte ihm eine für sein Leben wichtige Begegnung. Er wird auch sonst ein guter Kamerad gewesen sein, freilich später es ablehnend, im Vereinsbetrieb die Erinnerung an eine ihm innerlich gleichgültige Zeit zu organisieren. Unter den Einjährigen des Bataillons befand sich ein junger Ingenieur, er war gegen drei Jahre älter als Robert Bosch, gut geschult, von etwas weichen Naturell, der Freundschaft und des Austausches bedürftig, Eugen Kayser. Er entstammte einer Kaufmannsfamilie in Obertürkheim. In diesem Hause lernte Bosch des Kameraden Schwester Anna, seine spätere Gattin, kennen. Eugen Kayser ging, nach etwas unentschiedenem Beginnen, seinen sicheren Weg durch verschiedene der Berliner großindustriellen Firmen, um im letzten Lebensjahrzehnt bedeutenden, selbständigen Anteil an der Ausweitung und Festigung des Hauses Robert Bosch zu nehmen.

Damals, vor dem neugewonnenen älteren Freunde, spürte Bosch, was ihm fehlte, was ihm noch fehlte an theoretischer Kenntnis und klarem Verfügen über die inneren Zusammenhänge der technischen Dinge. Die schlechte Lehre hatte davon nichts geben können, das bisherige Arbeiten war ein empirisches Prüfen, aus dem gelegentlich ein brauchbarer Einfall heraussprang. Die Entwicklung Boschs, aus der Ferne gesehen, macht leicht den Eindruck einer von Anbeginn bewußten Zielstrebigkeit. Davon kann aber nicht die Rede sein, um so mehr als er sich der Lücken des Wissens lebhaft bewußt war. Lehrbücher sollten ausheilen. Als er in Hanau einmal eines, das er von daheim mitgebracht hatte, aufschlug, lag ein Zettel darin, den die Mutter für ihn aufgeschrieben hatte:

„Ein Schiff ohne Steuer vertraut sich den Wellen, nicht lange, so wird es an Klippen zerschellen. Das Meer ist das Leben, das Schiffelein bist Du, die Klugheit, mein Freund, ist das Ruder dazu.“ Diese wohlmeinende Fernpädagogik in Reimen mag ihn damals gerührt haben, die Anekdote

hat sich ihm eingepreßt und darum auch, wo er sie fand: es war in dem Werk von Pisko „Licht und Farbe“. Die Erinnerung ist gewiß bedäufig; sie zeigt einiges von dem tastenden Versuchen des Selbstunterrichts.

Nun war das Meer des Lebens, in das sich ein junger Techniker um 1880 hinauswagte, gerade aufs stärkste bewegt, von guten Winden, wenn er es verstand, das Ruder geschickt zu führen und den Kurs richtig zu wählen. Als die Soldatenzeit vorbei war, nahm Karl den Bruder Robert mit zu einer Reise nach Nürnberg und München. Sie galt nicht, in einem unvermuteten Kunstenthusiasmus, der mittelalterlichen Schönheit — da brauchte ein Ulmer sich nicht erst auf die Bahn zu setzen — oder den ehrwürdigen Kunstsammlungen, sondern neuen, nützlichen Dingen. Es gab an der Pognitz eine Bayerische Landesausstellung, in München eine Internationale Elektrizitätsausstellung, und auf beiden konnte man erstaunliche Dinge sehen, die eine Reise schon lohnten: elektrische Bogenlampen, elektrische Glühlampen, die ersten Versuche der elektrischen Kraftübertragung. Die Münchner Ausstellung vor allem ist für die Popularisierung der Elektrizität in Deutschland sehr wichtig geworden. Der junge, draufgängerische Wasserbauingenieur Oskar von Miller hatte sie mit seiner ansteckenden Energie durchgesetzt und damit sein Gesellenstück als unermüdlicher und suggestiver Organisator geleistet. Die ganze Geschichte erschien manchem wohl etwas verkrampt und erzwungen, denn gerade ein Jahr zuvor hatte man in Paris mit dem gleichen Anspruch (und Erfolg) des Internationalen ein großartiges Spektakulum aufgeführt. — Werner von Siemens hielt nichts davon, daß man jetzt gleich wieder solche Reklamegeschichten mache; die führende deutsche Firma blieb weg. Aber die Schu wurde dann zu einem Triumph des Mannes, der erst vor wenigen Jahren, 1873, in seiner Heimatstadt eine kleine, zweifelhafte Mechanikerwerkstatt eingerichtet hatte: Sigmund Schuckert in Nürnberg, damals siebenundzwanzigjährig. (Fortsetzung folgt)

12. Dezember 1947

## Sowjetkombinate und Staatskonzerne in der Ostzone

Außenminister Marshall hat, gerade als die Veröffentlichung dieses Berichts vorbereitet wurde, an seinen Kollegen von der Londoner Außenministerkonferenz, Außenminister Molotow, das Ersuchen gerichtet, der Konferenz Einzelheiten über die Verhältnisse in der so weitgehend besetzten Zone bekanntzugeben. Die nachfolgende Darstellung von neutraler Seite dürfte in Anbetracht der Tragweite der Londoner Verhandlungen in diesem Augenblick von einem besonderen, aktuellen Interesse sein.

Die Redaktion.

(ST) Ein Bericht der neuen „Zürcher Zeitung“ beschäftigt sich sehr ausführlich mit der Wirtschaftsform der Ostzone. Die Gesamtzahl der enteigneten Betriebe wird, den Berliner sowjetischen Sektor eingeschlossen, auf über 10.000 berechnet. Etwa 200 der größten und besterhaltenen Betriebe, wie beispielsweise die Leuna- und Buna-Werke, wurden 1946 zu sowjetischem Staatsbesitz erklärt und als „sowjetische Aktiengesellschaften“ bzw. „Kombinate“ organisiert. Kombinate sind Einzelmitglieder der Sowjet-Aktiengesellschaften, die Betriebe verschiedener Art und Produktionsstoffe umfassen. Auf diese Form stößt man besonders im Braunkohlenbergbau mit Briquetfabrikation, Kraft- und Schmelzwerken.

Wie groß die Zahl der Einzelbetriebe in den Sowjet-AGs augenblicklich ist, läßt sich durch die fortwährenden Veränderungen kaum feststellen, besonders da es sich häufig nur um Namensänderungen handelt.

Dem Chef der Verwaltung der sowjetischen AGs in Deutschland unterstehen 11 Konzerne, und zwar die SAGs für Mineraldünger, für Chemie, für Kalk, für Eisenerzeugung, für Eisenverarbeitung, für Maschinenbau, für Elektroindustrie, für Baumaterialien, für die Gummiindustrie, für Feinmechanik und Optik und für die metallurgische Industrie. Die meisten Firmen dieser Konzerne (51 Gesellschaften) befinden sich in Sachsen-Anhalt, vor allem die chemische Großindustrie. Es folgen Thüringen mit 33 Gesellschaften, in erster Linie im Kalibergbau, Maschinen- und Fahrzeugbau und das Land Sachsen mit der gleichen Anzahl. Hier gehören sie zumeist zum Braunkohlenbergbau mit Elektrizitätserzeugung und Treibstoffgewinnung. Auch die Maschinenindustrie und die Feinmechanik sind sehr bedeutsam. Im Bezirk Dresden und im Erzgebirge haben die SAG die Schlüsselpositionen der elektrotechnischen Industrie, ebenso im Berliner sowjetischen Sektor, in dem es sechs derartige Konzerne gibt. Das Land Brandenburg weist nur drei sowjetische Konzerne auf.

Die einzelnen Industriezweige sind wie folgt an den SAGs beteiligt: Maschinenindustrie 23, elektrotechnische Industrie 18, Kohlenbergbau und Treibstoffgewinnung 18, chemische Industrie 13, metallurgische Industrie 14, Fahrzeugbau 10 und Feinmechanik 6.

Im Zeitraum zwischen dem März und dem August 1947 sind 74 Betriebe aus den SAG den Länderregierungen zur Verfügung gestellt worden. Einige der zurückgegebenen Betriebe, wie beispielsweise Grube und Briquetwerk Regie bei Borna, sind inzwischen demontiert und nach der Sowjetunion transportiert worden.

Die Anteile aller SAG an der Produktion der Ostzone von April bis Juni 1947 gehen aus folgender Uebersicht hervor:

Industriezweig	Produktionswerte in Mill. RM.		
	total	bei den SAG	Anteil der SAG in %
Kohlenbergbau	179,4	87,2	48,6
Sonstiger Bergbau	30,3	15,2	50,2
Mineralindustrie	102,3	73,9	72,2
Metallurgie	81,3	21,4	26,3
Schwermaschinenbau	39,3	21,2	53,9
Sonstiger Maschinenbau	78,4	22,9	29,2
Fahrzeugbau	87,2	23,1	26,5
Elektroindustrie	52,3	32,4	61,9
Feinmechanik u. Optik	22,2	4,4	19,7
Metallwarenindustrie	32,8	12,7	38,7
Chemische Industrie	227,8	94,1	41,3
Gummi- u. Asbestindustrie	11,6	26,4	227,8
Baumstoffindustrie	82,6	2,4	2,9

Von der durch Krieg und Demontage um etwa 75 Prozent gegenüber 1936 abgesunkenen Erzeugung in der Ostzone nimmt nach Angaben der schweizerischen Zeitung die Besatzungsmacht bis zu 90 Prozent als Reparationslieferungen irgendwelcher Art ständig in Anspruch, vor allem bei den landeseigenen Betrieben und bei den SAGs. Eine gewisse Ausnahme macht lediglich der Braunkohlenbergbau.

### Staatskonzerne

Für die landeseigenen Betriebe gibt es keine amtlichen Hinweise auf die Verwendung der Produktion. Es ist jedoch bekannt, daß große Teile der Erzeugung entweder für die Sowjetunion unmittelbar oder für die SAGs bestimmt sind, oder auch für den Export, dessen Gegenlieferung zu einem sehr hohen Prozentsatz der Sowjetunion zugute kommt.

Die Umwandlung von Betrieben aller Art in landeseigene Betriebe geht immer noch aus

den verschiedensten Gründen weiter, während die Rückgabe einzelner Unternehmen an die Alteigentümer nicht sonderlich ins Gewicht fällt. Die Umwandlungen gehen auf einen Befehl der sowjetischen Militäradministration über die Behandlung von Eigentümern von Kriegsverbrechern und Nazifunktionären zurück, die zum Teil sehr weitgehend ausgesetzt werden, so daß etwa Kleinrentner mit der Begründung beschlagnahmt werden, daß darin zur Zeit des Dritten Reiches militaristische Filme gespielt wurden.

Die Organisation der Staatskonzerne ähnelt sich in den einzelnen Ländern der Ostzone. In Sachsen ist die Hauptverwaltung der landeseigenen Betriebe die oberste Konzernspitze. Die Betriebe sind in 65 regional verteilte Industrieverwaltungen zusammengefaßt. Daneben existiert ein Verwaltungsrat, dessen Vorsitzender der sächsische Wirtschaftsminister Selbmann ist. Dieser hat dargelegt, daß die Organisationsform der landeseigenen Betriebe allen bisher bekannten wirtschaftlichen Organisationen weit überlegen ist. Jede der 65 Industrieverwaltungen wird von einem Gremium von drei Direktoren geleitet, einem technischen, einem kaufmännischen und einem Personaldirektor. Der Einzelbetrieb untersteht dem Betriebsleiter, dem jedoch „völlig gleichberechtigt und mitbestimmend“ ein Betriebsrat beigegeben ist. Der Einzelbetrieb ist nur noch eine Fertigungsstelle, denn die Aufstellung der Jahresabschlüsse, sowie die Lenkung der Produktion und der Arbeitskräfte, die Kreditbeschaffung, die Steuerregelung usw. ist Sache der Industrieverwaltung.

In Sachsen-Anhalt sind die landeseigenen Betriebe zu den „Industriewerken Sachsen-Anhalt“ zusammengeschlossen, denen 546 Betriebe angehören, darunter fast alle Nahrungsmittel- und Genußmittelbetriebe, alle Bergbaubetriebe und alle Bodenschätze. Der Organisationsaufbau entspricht etwa dem des Landes Sachsen.

In Thüringen sind die mehr als 400 landeseigenen Betriebe, zu denen noch eine große

Zahl von Zwergunternehmungen hinzukommt, dem Chef der Hauptverwaltung der landeseigenen Betriebe in Weimar unterstellt. Die Hauptverwaltung ist in den Staatsrat eingebaut.

In Mecklenburg und Vorpommern sind die landeseigenen Betriebe einer Hauptverwaltung unter Leitung des Ministers für Investition und Beschlagnahme unterstellt. Er ist also das Wirtschaftsministerium in Fragen der Staatskonzerne ausgeschaltet, wobei die „Neue Zürcher Zeitung“ darauf hinweist, daß der Minister für Investition kommunistisch ist, während das Wirtschaftsministerium von einem CDU-Minister geleitet wird.

In Mecklenburg ist die besonders hohe Zahl der Kleinbetriebe auffallend, z. B. gehören zu den 85 landeseigenen Betrieben der Gruppe Baustoffe, Bauhilfsmittel und Holzindustrie 24 mittlere und kleine Sägewerke, 19 Tischlerereien usw. In der Gruppe Lebensmittel werden einfache Bäckereien als staats eigene Betriebe geführt. Auch beschlagnehmter Grundbesitz gehört zu den landeseigenen Betrieben.

Die Organisation in Brandenburg unterscheidet sich nicht wesentlich von den geschilderten Formen.

### Finanzierung und Rentabilität

Die sowjetischen Aktiengesellschaften und die landeseigenen Betriebe gehen auf die entschuldigungslose Enteignung der ehemaligen Betriebe zurück, wobei nur die Aktiven übernommen wurden, nicht aber die Passiven. Bei Straßfälligen entscheidet bei den landeseigenen Betrieben ein Schiedsgericht, Verpflichtungen werden nur anerkannt, wenn sie nach dem 8. Mai 1945 entstanden sind.

Für die Finanzierung der SAGs ist in Berlin ein „sowjetische „Garantie- und Kreditbank“ errichtet worden. Sie gewährt den russischen Betrieben die sogenannten „Umlaufvermögen“ und sichert die langfristige Finanzierung. Die Alteigentümer werden nicht entschädigt, dagegen sollen die Entschädigungen auf Reparationskonten verrech-

net werden, wobei allerdings die Schätzungen erheblich auseinandergehen. Deutsche Fachleute haben den Gesamtwert auf mindestens drei Milliarden Reichsmark geschätzt, doch die SMA kommt auf eine viel niedrigere Summe. Besonders bei großen Objekten ergeben sich Differenzen, die z. B. bei zwei großen Kraftwerken 42 Millionen RM. betragen (Deutsche Schätzung 76 Millionen, russische Schätzung 34 Millionen.) Die niedrigen russischen Sätze erklären sich daraus, daß der Kaufpreis des Anschaffungsjahres zugrunde gelegt wird und die Maschinen innerhalb von 8 bis 25 Jahren, Gebäude nach 20 bis 33 Jahren abgeschrieben werden. Für den fortbestehenden Nutzungswert wird keine Entschädigung geleistet.

Ueber die Rentabilität der Sowjet-AGs lassen sich keine Angaben machen. Dagegen steht für eine große Zahl landeseigener Betriebe fest, daß sie dauernd oder periodisch zuschussbedürftig sind. Vor allem gehört hierzu ein großer Teil der aus den Sowjet-AGs ausgegliederten schon genannten 74 Werke.

Das Land Sachsen hat für die landeseigenen Betriebe bereits 80 Millionen RM. zur Verfügung stellen müssen. Dagegen gibt der Etat von 1947 für Sachsen-Anhalt einen Gewinn der Industriewerke von 25 Millionen RM. an, von denen 10 Millionen auf die Lebensmittelindustrie entfallen. Einige der landeseigenen Betriebe, z. B. die Kalkwerke, die früher vom Kalksyndikat mitzuschleppt wurden, waren von lehrer Zuschussbetriebe. Auch das Kraftwerk Zschornowitz und die Grube Golpa sind Zuschussbetriebe. Die Enteignung von privaten Kleinbahnen in Brandenburg hat in erster Linie dazu geführt, daß der brandenburgische Verkehrshaushalt ein Defizit von rund 20 Millionen RM. aufweist, da die Mehrzahl dieser Bahnen früher von der Reichsbahn indirekt subventioniert wurde.

Die sowjetischen Aktiengesellschaften stellen die Überführung eines sehr hohen Prozentsatzes des für den Aufbau einer nationalen Wirtschaft maßgeblichen Bestandes an Produktionsmitteln an eine ausländische Macht dar, wofür es in der Geschichte kein Gegenbeispiel gibt, heißt es abschließend im Bericht.

## Industriekapazität und soziale Ordnung

[Dr. A.] Es ist verfrüht, heute ein endgültiges Urteil darüber fällen zu wollen, welche effektive Verminderung des Volumens der deutschen Industrie durch die Sanierung von Kriegsschäden, Depopulation, Maschinenentnahmen und ähnliche Maßnahmen eingetreten ist. Kein Zweifel, daß sie eine föhrlbare Verminderung der technischen Produktionskapazität bewirkt haben, und daß dieser Prozeß noch keineswegs ein Ende gefunden hat. Denn man muß bedenken, daß der vorhandene Rest an Produktionsmitteln einem unauffhaltsamen Schrumpfungprozeß unterworfen ist. Wichtig wäre heute vor allem die Deduktion des Ersatz- und Reparaturbedarfs für die noch vorhandenen Werkzeug- und Spezialmaschinen, und zwar ist dieser um so dringender, als bereits während des Krieges an den meisten Maschinen Raubbau getrieben wurde. Mangel an Reparaturmöglichkeit aber wurden weitere Maschinen unbrauchbar werden und damit die eingetretene Störung des glatten Fabrikationsablaufes vermehren. Die Auswirkungen solcher Ausfälle auf die Verringerung der Kapazität wachsen progressiv, je stärker der Schrumpfungprozeß fortschreitet.

Dies gilt nicht nur für die Verhältnisse im Einzelbetrieb, sondern in der gesamten Wirtschaft. In einer normal funktionierenden Volkswirtschaft sind alle Glieder aufeinander abgestimmt; sie gewinnen dadurch ihre Leistungsmöglichkeit und ihren Wert. Diese Abstimmung ging in Deutschland verloren. Die Wirkung der dadurch eingetretenen Desorganisation wurde verschärft durch die Rohstoffknappheit, welche zur Verarbeitung von nicht immer besten geeigneten Sorten und Abmessungen zwang und damit zu verlängerten Fertigungszeiten führte. Sie wurde weiterhin verschärft durch die geringe Leistungsfähigkeit der Arbeiter infolge der nachhaltigen körperlichen Schädigungen und der dadurch bedingten Verlängerung der Bearbeitungszeit, sowie durch die Notwendigkeit des Nacharbeitens bei fehlerhafter Fertigung. Durch diese verlängerten Bearbeitungszeiten wird der mögliche Ausstoß der vorhandenen Kapazitäten noch weiter verringert, die Leistungsfähigkeit schrumpft auch aus diesem Grunde.

Damit droht der industrielle Apparat auf einen Tiefpunkt seiner Leistung abzusinken, von dem aus ein Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft aus eigener Kraft nicht mehr möglich ist, denn es handelt sich jetzt darum, daß die volkswirtschaftlichen Voraussetzungen für einen solchen Wiederaufbau durchaus fehlen. Jede Bevölkerung braucht nämlich zu einer Existenzsicherung eine bestimmte Größe des Sozialprodukts, die den unmittelbaren Ver-

zehr zugeführt werden muß. Nur was darüber hinaus erzeugt wird, kann der Kapitalakkumulation dienen, also eine Investition ermöglichen. Wenn aber von einer Volkswirtschaft nur noch Auszubereitungen, Besatzungskosten, Reparationslieferungen usw. verlangt werden, so mindert sich damit der für die Volkswirtschaft selbst — sei es zur Konsumtion, sei es zur Investition — zur Verfügung stehende Teil des Sozialprodukts weiterhin und die Möglichkeit für einen Wiederaufbau wird noch weiter hinausgeschoben.

Zu bedenken ist dabei folgendes: Wenn auf wesentlich verringertem Bodenniveau eine größere Bevölkerung ernährt werden muß, gleichmäßig aber der Bestand an technischen Produktionsmitteln reduziert wird, so muß der Aufwand an menschlicher Arbeitsleistung wesentlich erhöht werden, um sich nur den primitivsten Lebensunterhalt zu verdienen. Derartige zusätzliche Ansprüche an die menschliche Arbeitsfähigkeit stehen aber im Falle der deutschen Wirtschaft im Widerspruch zu der Entwicklung, die die Zusammensetzung der Bevölkerung genommen hat. Die Kriegseinwirkungen haben einen sehr ungünstigen Einfluß auf die deutsche Bevölkerungsschichtung ausgeübt, die in ihrer Altersgliederung völlig gestört ist und einen außergewöhnlich hohen, durchaus unnatürlichen Frauenüberschuß aufweist. Die Zahl der Erwerbsfähigen wird durch Invalidität und allgemeine körperliche Schädigungen stark herabgesetzt. Der Anteil derjenigen, die also mit körperlicher Arbeit zur Erzielung des Sozialprodukts beitragen können, ist im Verhältnis zur Vorkriegszeit wesentlich geringer geworden, kann also nicht einmal zur Erzeugung des Sozialprodukts denjenigen Beitrag leisten, den zu leisten er vor dem Kriege imstande war, geschweige denn einen zusätzlichen Beitrag zum Ausgleich der Reduzierung der Produktionsfaktoren Boden und Kapital und zum weiteren Ausgleich für die zusätzlichen Ansprüche an das Sozialprodukt. Somit droht der Bevölkerung zunehmende Verelendung. Es erscheint auch keineswegs zweckmäßig, diesem Problem etwa dadurch beizukommen, zu wollen, daß man größere Teile der deutschen Bevölkerung zur Arbeitsleistung im Ausland heranzieht. Eine Entlastung der Spannungen würde nur eintreten, wenn gerade die Nichterwerbsfähigen aus Deutschland ausgesiedelt und in anderen Ländern aufgenommen werden könnten. Dies zu denken ist aber Utopie. Die verschiedentlich geäußerte Meinung, daß mit der Demontage größerer Industrieanlagen in Deutschland zahlreiche Arbeitskräfte freigesetzt und diese nun für andere Länder Europas verfügbar gemacht werden könnten, ist volkswirtschaftlich und sozial-

politisch gesehen bedenklich. Mit vollem Recht hat vielmehr die „Times“ darauf hingewiesen, daß wenn Deutschland mit einer vergrößerten Bevölkerung auf verringertem Gebiet wirtschaftlich aufblühen soll, es letzten Endes nicht weniger oder nur ebensoviel Industrie besitzen müsse wie früher, sondern sogar mehr. Wenn man aber schon einen solchen Schluß als mindestens gegenwärtig politisch nicht realisierbar ansehen muß, dann sollte man sich darüber im Klaren sein, daß eine Schwächung auch des dritten Produktionsfaktors, nämlich der Arbeitskraft, zu sozialpolitischen Spannungen führen muß, die, wie alle geschichtliche Erfahrung lehrt, den Keim zu inneren Unruhen und damit auch zu internationaler Unsicherheit in sich tragen.

Gerade unter dem Gesichtspunkt der internationalen Sicherheit sollte nicht übersehen werden, daß die gegenwärtige Zusammensetzung der deutschen Bevölkerung mit ihrem geringen Anteil an Erwerbsfähigen, ihrem hohen Frauenüberschuß und der völlig unbefriedigenden Altersgliederung eine sehr weitgehende Schwächung ihres Potentials darstellt. Alle schwerkraftigen Bevölkerungspolier sind sich darüber einig, daß die Wachstumsrate der deutschen Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten zurückgeht. Die demographisch ungünstige Zusammensetzung der Bevölkerung schwächt die Lebenskraft des deutschen Volkes so, daß eine militärische Aggression keineswegs mehr zu befürchten ist und daß eine Beeinträchtigung der allgemeinen Sicherheit von dieser Seite her nicht droht, sofern nicht das deutsche Volk einer solchen Verelendung ausgesetzt wird, daß es sich erneut zum Radikalismus verleiten läßt. Demgegenüber könnte die Belastung eines ausreichenden industriellen Apparates und einer ausreichenden Anzahl leistungsfähiger Arbeitskräfte die Gewähr dafür bieten, daß dieses Land im europäischen Kern wirklich ein Sicherheitsfaktor des Friedens würde und es könnte ihm damit die Möglichkeit gegeben werden, im Rahmen der internationalen Regelungen einen wertvollen sachlichen und politischen Beitrag zum Wiederaufbau Europas und den von den ehrlichen Deutschen aufrechtig gewollten Wiedergutmachungen zu leisten.

### Berichtigung

betreffend Warenverkehr mit dem Saarland

In Ergänzung der in Nummer 81 des „Schweizerischen Jahrbuchs“ vom 5. 12. 47 erschienenen Mitteilung über den Warenverkehr mit dem Saarland gibt der Außenhandelsamt von Württemberg-Hohenzollern für den Warenverkehr zwischen Württemberg-Hohenzollern und dem Saarland noch folgendes bekannt:

Beim Verkauf von Waren nach dem Saarland muß der saarländische Käufer dem deutschen Verkäufer das „fiche de specification“ übersenden. Unter Vorlage dieses Dokuments befragt der deutsche Verkäufer beim Außenhandelsamt von Württemberg-Hohenzollern (OFICOMEX), Tübingen, Gartenstr. 31, die Verkaufsbescheinigung, die zum Versand der Waren nach dem Saarland berechtigt.

Für die Ausfuhr von Lebensmitteln gilt folgende Sonderregelung, die zwischen dem Service de Ravitaillement der Saar und dem Service de Ravitaillement von Württemberg-Hohenzollern abgeschlossen wurde: Die „fiche de specification“ werden von Service de Ravitaillement der Saar an das Außenhandelsamt (OFICOMEX) Baden-Baden, Hauptstr. 26, jeweils Anweisung der Exportlizenzen für die Saar weitergeleitet. Das Außenhandelsamt (OFICOMEX), Baden-Baden, stellt diese Exportlizenzen einem dem Service de Ravitaillement von Württemberg-Hohenzollern an dem Dienstweg zu.

Die deutschen Verkäufer bzw. Käufer aus Württemberg-Hohenzollern wenden sich im Falle von Schwierigkeiten oder hinsichtlich weiterer Auskünfte an das Außenhandelsamt von Württemberg-Hohenzollern, Tübingen, Gartenstr. 31 (Telef. 237 und 2313).

### Schlechte Oelsaaterte

HAMBURG. Die diesjährige Oelsaaterte erbrachte, wie der Verband der Oelmüllindustrie für die britische Zone bekanntgab, nur den Fettbedarf für ein einzige Zuteilungsperiode bei 200 Gramm Zuteilung für die Bevölkerung der Bizone.

### Bilanz der deutschen Heringsflotte

HAMBURG. Die Flänge der deutschen Hochseeheringsflotte belaufen sich in diesem Jahr auf 112 608 Tonnen.

### Erhöhte Glühlampenproduktion

BERLIN. Im Oktober erreichte die Glühlampenproduktion der Bizone infolge geringerer Fehlschichten eine Rekordhöhe von 1 770 000 Stück. Man hofft, diese Produktionshöhe noch im November beibehalten zu können, doch sind die Fabriken von aus den USA bestelltem Wolframdraht abhängig.

### Vorschläge über eine Neuverteilung der Subventionen für die Kohle- und eisenschaffende Industrie

BERLIN. Nach Beratungen der amerikanischen Militärregierung, denen Schätzungen der Industrieabteilung der amerikanischen Militärregierung zugrunde liegen, sind in der Zeit vom 1. Mai 1947 bis zur Ankunft der anderen alliierten Besatzungstruppen Anfang Juli 1947 etwa 83 Prozent aller unbeschädigten Berliner Fabrikanlagen als Kriegsbeute entnommen worden.

### Versicherungsprämien steigen

MÜNCHEN. Die Prämienhöhe für Einbruchdiebstahlversicherungen übersteigen nach einer Mitteilung des Verwaltungsrates für Wirtschaft für die vereinigten Westzonen erhöht werden.

### Erweiterte Arbeitslosenversicherungspflicht

FRANKFURT a. M. Für Hessen wurde das vom Landerrat beschlossene „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ als rückwirkend ab 1. Oktober 1947 in Kraft tretend, verkündet. Es bringt u. a. eine Erweiterung des arbeitslosenversicherungspflichtigen Personenkreises, insbesondere aus der Land- und Forstwirtschaft.

### Berliner Fabrikanlagen als Kriegsbeute

BERLIN. Nach Beratungen der amerikanischen Militärregierung, denen Schätzungen der Industrieabteilung der amerikanischen Militärregierung zugrunde liegen, sind in der Zeit vom 1. Mai 1947 bis zur Ankunft der anderen alliierten Besatzungstruppen Anfang Juli 1947 etwa 83 Prozent aller unbeschädigten Berliner Fabrikanlagen als Kriegsbeute entnommen worden.

### Vor einer Erhöhung der Kohlenpreise?

DÜSSELDORF. Der Exekutivrat hat in einem Memorandum an das Bipartite Control Office die Erhöhung der Kohlenpreise von 13 auf 28 Mark noch vor Durchführung einer Währungsreform gefordert und dabei nachgewiesen, daß die bei den derzeitigen Kohlenpreisen im Kohlenbergbau entstehenden und vom allgemeinen Staatshaushalt zu tragenden Verluste im Jahre 1948 den Betrag von einer Milliarde Mark wesentlich übersteigen dürften. Die Länderregierungen der britischen Zone laßen zur-

Calwer Stadtnachrichten

Dienstjubiläum. Das 25jährige Dienstjubiläum bei dem Landratsamt konnte Reg-Oberinspektor Alfred Walter begehen. Er befindet sich seit 1919 im Staatsdienst.

Investitur. Am letzten Sonntag fand die Investitur von Stadtpfarrer Dr. Geprags statt. Seiner Antrittspredigt folgte die Amtseinführung durch Dekan Hölzler. Der neue Stadtpfarrer war zuletzt Pfarrverweser in Wittlingen bei Urach.

Morgenfeier

Die Spörerschule Calw veranstaltete am vergangenen Sonntag für ihre Schüler und geladene Gäste eine Morgenfeier. Die Pianistin Alwine Steiner, Stuttgart, bewies in Werken von Haydn, Beethoven, Schumann und Chopin ihr großes technisches Können, verbunden mit einer subtilen und kultivierten Wiedergabe. Wir freuten uns, die f-moll-Variationen von Haydn, dieses reife Werk des Meisters, zu hören. Die eigenwillige Interpretation der Appassionata von Beethoven zeugte von dem Temperament der Spielerin, doch erschienen uns die erheblichen Tempoverschiebungen mit dem klassischen Stil des Werks nicht mehr vereinbar. Die virtuose Wiedergabe der Abeg-Variationen von Schumann beschloß das hochwertige Programm.

Verzeichnis des Standesamts vom 1.-30. November.

Geburten: Lörcher, Rainer Friedrich, Sohn des Joh. Friedr. Lörcher, Kaufmann, Calw-Alzenberg Rathfelder, Edgar Kurt, S. d. Erich Rathfelder, Gärtner, Unterreichenbach, Geiger, Klaus Ernst, S. des Karl Geiger, Mechaniker, Calw; Gutbub, Sylvia Rita, T. d. Werner Gutbub, Uhrmacher, Calw; Eisenhardt, Manfred Helmut, S. d. Paul Eisenhardt, Landwirt, Dachtel, Schulz, Brigitta Sigrid, T. d. Friedrich Schulz, Kammacher, Calw-Alzenberg; Meisenbacher, Reinhard Richard, S. d. Wilhelm Meisenbacher, Goldschmied, Grünbach; Reutischer, Ulrich Jakob, Sohn des Jakob Reutischer, Bauer, Emberg, Reinsmann, Bernd, S. d. Willi Reinsmann, Malermeister, Unterreichenbach; Weinslau, Soja, T. d. Werner Weinslau, Beh.-Arbeitsleiter, Hirsau; König, Doris Emma, T. d. Ernst König, Maler, Ostelsheim; Großmann, Friedrich Eugen S. d. Philipp Großmann, Schreiner, Breitenberg; Reutischer, Gerhard Ernst, S. d. Ernst Reutischer, Mechaniker, Altbuch; König, Rainer Hermann, S. d. Emil König, Bäcker, Wildberg; Ducoeur, Monique, Roger D., Oberlehnant, Calw; Schaefer, Anita Maria, T. d. Friedr. Schaefer, Fabrikarbeiter, Speilhardt; Betsch, Hermann Paul, S. d. Friedrich Betsch, Arbeiter, Althaus; Rending, Walter, S. d. Albert Rending, Elektriker, Hirsau; Gaud, Renate Maria Dorothea, T. d. Eugen Georg Gaud, Glasermeister, Calw. — Sterbefälle: Frida Fuchs, Hausfrau, Bad Liebenzell, 48 J.; Luise

Acher, geb. Schill, Hausfrau, Calw, 78 J.; Anna Maria Meter, geb. Spansall, Hausfrau, Calw, 80 J.; Lieselotte Stahl, Sonnenhardt, 6 J.; Anna Treiber, geb. Mackius, Hausfrau, Schömburg, 40 J.; Elsa Harms Beathealter, Friseurin, Calw, 21 J.; Eleonore Rathfelder, Oberkollbach, 15 Tage; Wilhelm Schwitzler, Landwirt, Unterlinsen, 42 J.; Erna Lutz, Hausfrau, Gechingen, 22 J.; Luise Emsendörfer, geb.

Burkhardt, Hausfrau, Grünbach, 60 J.; Willibald Krenz, Rentner, Altbuch, 72 J.; Eugen Rexer, Metzger, Calw, 39 J.; gef.; Friedrich Reutter, Postassistent, Calw, 42 J.; gef.; Ella Knobel, Hausfrau, Calw, 30 J.; Kurt Eitel, Landw.-Lehrling, Wildbad, 17 J.; Elsa Wurster, geb. Lutz, Hausfrau, Würzbach-Naisch, 33 Jahre. — Eheschließungen erfolgten im Monat November nicht.

Gouverneur Blanc besuchte die Stadt Nagold

Am Dienstag stattete Herr Gouverneur Blanc der Stadt Nagold seinen ersten offiziellen Besuch ab. Sein besonderes Interesse gilt zunächst der Lehrerbildung, deren Leiter, Herr Wengert, ihm den Willkommensgruß in einer Ansprache ermahnte der hohe Gast die Schüler, im Hinblick auf ihren zukünftigen Beruf sich den Gedanken der Volkerverständigung namentlich angelegen sein zu lassen. In ernstlichen Worten forderte er sie auf, in diesem Sinne an sich selbst zu arbeiten und später im Unterricht zu wirken. Nach einer Besichtigung des Samnars wolle der Herr Gouverneur noch im Kreise der Lehrerschaft.

Im Sitzungssaal des Rathauses hielten sich inzwischen der Gemeinderat, die Vorstände der Bebauungen, die Vertreter der Kirchen, Schulen und Parteien, die Industriellen, die Obermeister der Innungen u. a. Persönlichkeiten eingefunden. Der erste Besondere, Ministerialrat a. D. Scauon, begrüßte den Herrn Gouverneur und bat um Verständnis für die speziellen Nöte und die besondere wirtschaftliche Lage Nagolds mit seinem umfangreichen Holzverarbeitenden Gewerbe, zu dem vor 10 Jahren als glückliche Ergänzung die Maschinenfabrik Teufel kam. Herr Scauon rühmte das gute Einvernehmen zwischen Bevölkerung und Besetzung und gab dem Wunsch nach Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland im Interesse des Weltfriedens Bedeutung.

Dann sprach der Herr Gouverneur und gewann mit seinen, aus warmem Herzen kommenden Ausführungen gleich volle Sympathie. Auf die weitpolitische Lage eingehend, mahnte er, sich über die überall anzutreffenden mitleidigen Verhältnisse zu erheben und mit gesundem Optimismus der Zukunft entgegenzusehen. Er sei, so führte er u. a. aus, bestrebt, die Besetzung so leicht als möglich zu machen. Er werde stets jedem zur Verfügung stehen, nicht einer einzelnen, sondern allen Parteien gegenüber ein geneigtes Ohr haben und sich bemühen, gerecht zu sein. Daß das keine leeren Worte sind, hat die Amstättigkeit des Herrn Gouverneurs in Münsingen zur Genüge bewiesen. Seine weiteren Darlegungen klangen uns in dem Gedanken der notwendigen französisch-deutschen Zusammenarbeit und dem Wunsch nach gut nachbarlichen Beziehungen

diesseits und jenseits des Rheines. Auf die besonderen Nöte der Stadt Nagold eingehend, gab der Herr Gouverneur auch hier seiner Meinung Ausdruck, daß kein zu großer Pessimismus am Platze sei. Wenn irgendwelche Schwierigkeiten sich ergäben, so bitte er, sich vertrauensvoll an ihn zu wenden, er werde alles mit Wohlwollen prüfen. Abschließend ließ sich der Herr Gouverneur die Anwesenden vorstellen.

Pädagogische Arbeitsgemeinschaft Nagold

In der letzten Versammlung der Pädagogischen Arbeitsgemeinschaft Nagold sprach Studienrat Emil Riedel, zur Zeit an der Volksschule Nagold angestellt, über das Thema Leibesübungen. Er behandelte Zweck und Ziel derselben, unterstrich ihre persönliche- und gemeinschaftsbildenden Werte und stellte den Grundsatz der Dreieinheit von Körper, Geist und Seele in den Mittelpunkt seiner Darlegungen. Der Vortragende verband erprobte Formen früherer Schulen mit den Forderungen neuzeitlicher Körperkultur zu einer wissenschaftlich begründeten

Methode der Leibeserziehung und gab als ehemaliger Seminarlehrer wertvolle Anregungen über Lehrverfahren, Stoffverteilung, Studienaufbau, Wertung der Schülerleistungen, Charakterbeurteilung usw. im allgemeinen und im besonderen für die Altersklassen der Volksschule. Der Leiter der A.-G., Hauptlehrer Wick, Mindersbach, dankte im Namen aller Teilnehmer für die wertvollen, aus der Praxis kommenden und für die Praxis bestimmten Ausführungen.

Kunstausstellung heimischer Künstler

Für die Zeit vom 14. 12. bis 28. 12. 1947 ist in der Oberschule Nagold eine Kunstausstellung geplant. Die Künstler der Kreise Calw, Freudenstadt und Horb werden aufgefordert, Arbeiten aus den Gebieten der Malerei, Bildhauerei, Graphik und Kunstgewerbe einzuschicken. Anfragen sind an den Sekretariat „Kunstausstellung 1947“ Altensteig, Postfach 59, zu richten.

Nagolder Stadtkronik

Der Kleintierzüchterverein Nagold und Umgebung hielt im Gasthaus zur „Rose“ eine Versammlung ab. Man befaßte sich in der Hauptsache mit Zuchtfragen und besprach eingehend die für 24. und 25. Januar 1948 geplante Ausstellung. — Ein Verkehrsunfall trug sich auf der Straße Nagold-Rohrdorf zu. Ein Lastkraftwagen verursachte denselben durch vorschriftswidrigen Überholen. Ein Personenkraftwagen wurde angefahren und eine 8 Meter tiefe Böschung hinabgeschleudert. Die Insassen des PKW. kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Der Einzelhandel tagte in Altensteig

Die Ortsvereinigung Altensteig des Fachverbandes Einzelhandel traf sich im „Waldhorn“ zur ersten ordentlichen Mitgliederversammlung. Ortsbmann Spahr begrüßte die fast vollständig erschienenen, mit besonderer Genugtuung Bürgermeister Hennefarth als Gast, und berichtete dann über das bisher Unternehmense und Erreichte. Der Bahnhof habe nun auch einen Sonntags-Schalterdienst eingerichtet. Leider sei aber der Sonntags-Prüfung, der sich rasch gut eingeführt hatte, wieder im Wegfall gekommen. Ueber die, die diesjährige Geschäftswelt stark interessierende Frage der Warenversorgung der dem Kreis Freudenstadt angehörenden, jedoch ganz nach Altensteig orientierten Gemeinden Fünfthronn, Garweiler, Grünbach, Hochdorf und Wörnsberg konnte mit dem Landratsamt Freudenstadt ein Uebereinkommen getroffen werden, nach dem diese Gemeinden ab sofort wieder alle ihre Bedürfnisse im Rahmen des Möglichen in Altensteig decken können. Diese Regelung, schon längst eine Notwendigkeit, sei von der Bevölkerung mit großer Freude aufgenommen worden. Die politischen Parteien wurden durch Rundbrief über die Stellungnahme des Einzelhandels zu der geplanten Auflösung des diesigen Finanzamtes unterrichtet. Der Plan bedeute eine völlig ungerechtfertigte Zurücksetzung für Altensteig und für das gesamte hiesige Nagoldtal eine besondere Benachteiligung. Weitere Schritte seien in dieser Sache notwendig und würden in Kürze eingeleitet werden. Wegen des außerordentlichen Mangels an Flickstoffen habe sich die Ortsvereinigung an die KWA, Calw und Freudenstadt, wie auch über den Fachverband an das Landwirtschaftsministerium gewandt. Leider bestehe keine Hoffnung auf eine diesbezügliche Zuteilung. Der nun folgende Bericht von Dr. Lässig, Rentlingen, über den Aufbau und die Tätigkeit der Fachverbands-Hauptgeschäftsstelle zeigte so recht die Schwierigkeiten der heutigen Wirtschaftslage und deren Auswirkung auf die einzelnen Fachgruppen. Namentlich schliem lägen die Verhältnisse beim Lebensmittel- und Textilhandel. Sei es beim erstere, die völlig ungenügende Rentabilität, die in zunehmendem Maße den Fortbestand der Geschäfte in Frage stelle, so beim letzteren die mangelnde Warenversorgung. Es gelte, wachsenden Anpes die Zeichen der Zeit zu beobachten und an den guten alten kaufmännischen Grundsätzen festhalten. Der Referent berührte dann noch viele Einzelpunkte aus den verschiedenen Branchen (Le-

gerhaltung, Brennstofflieferung, Genossenschaftswesen usw.) damit geschickt und nutzbringend die sich anschließende lebhafte Aussprache vorbereitend. Auch Bürgermeister Hennefarth beteiligte sich mit allerlei Anregungen an derselben, so daß die Versammlung einen alle Teilnehmer höchst zufriedenstellenden Verlauf und Abschluß nahm.

Kirchenmusik in Sulz

Sulz am Eck. Seit vielen Jahren erleben wir regelmäßig im vollbesetzten Gotteshaus wieder eine musikalische Feierstunde, die tiefsten Eindruck bei allen Besuchern hinterließ. Das Programm brachte Werke von Bach, Haydn, Beethoven und Mendelssohn und war so zusammengestellt, daß es dem Verständnis der Hörer gerecht wurde. Der erstaunlich gut klingende Kirchenchor sang unter der sicheren Führung von Frieda Wörner Bachchoräle. Thunelds Wolff-Isenberg bewies besonders in den Arien von Mendelssohn ihre starke Befähigung zum Klängegung. Willy Rosenau sang mit seinem warmen, mäßigen den großen Raum füllenden Bariton Lieder und Arien von Bach und Beethoven. Seine hohe Gesangskunst wurde für uns zu einem beglückenden Erlebnis. Ausgerechnet war der Zusammenklang der beiden Stimmen in den herrlichen Duetten von Bach und Haydn. An der Orgel wirkte als zuverlässige und sehr anpassungsfähige Begleiterin Anna Küllinger. An dieser Stelle sei den Künstlern besonderer Dank gesagt, daß sie der Sulzer Gemeinde diese erhabende Feierstunde geschenkt haben.

Blick in die Gemeinden

Stammheim. Die Latenspielergruppe Calw brachte am Samstag, den 29. November, in der vollbesetzten Turnhalle einen heiteren Abend mit Theater, Tanz und musikalischen Darbietungen. Ausgerechnet gespielt wurde der „Nachtwächter“ von Th. Körner. Ein weiteres Plus: das Schlagerpotpourri, die Theaterglasse (Walter Flick) und „Ein Bauer leert seinen Kropf“. Hervorragend der Gesang zur Zither. Die an sich gute Ballettgruppe hatte stark unter dem total verstimmten Klavier zu leiden und wurde durch die etwas enge Bühne behindert. Der Leiter der Gruppe, Hans Ihme, ist seiner Gruppe unzufriedenheit ein guter Spieler. Bühnenbesuch (Atelier Rauh, Ernstmühl) und Besichtigung (Fa. Droste, Calw) waren erstklassig. PU.

Quer durch einen Calwer Gerichtstag

Wenn sich alle so benahmen würden wie die K. W. in Sch., dann wäre es um das Gemeinwohl in einer Gemeinde schlecht bestellt. Zu ihr, vielmehr zu ihren Eltern, kam eine 71 Jahre alte gebrechliche Mißbürgerin mit der Bitte um Abgabe von ein wenig Tafelobst. Sie erhielt 20 Pfund, die Gegengabe war eine Schürze; beides friedensmäßig berechnet waren die Äpfel gut bezahlt. Als die alte Frau wiederkam und sagte, daß das Gewicht nicht gestimmt habe — der Korb geht wohl auch als Obst —, wurde sie von der schon älteren Hauswirtschafthelferin ins Gesicht geschlagen und mit Treppehinterstufen bedroht. Für diese rohe Tat wurde die Angeklagte, die sich vor Gericht so verhielt, als ob sie kein Wasserchen trüben könnte, zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Hoffentlich weist diese Strafe den Weg zu einem anständigeren Betragen. — Die Teilnahme an kolossalmäßigen Kartoffelkäfersuchdiensten ist Pflicht, weil er der Aufzucht nicht Folge geleistet hat, muß dies ein Mann mit 60 Mark büßen. — Das Beginnen, etwa ein Dutzend schwarzschneidiger Ferkel, ein Schlag, der schneller fettsäugt als die bei uns geübtesten, über die Zens zu bringen, war an und für sich nicht verwerflich, auch nicht, daß eine rich-

tigebende Vorwahrhaftigkeit im Gefolge sein sollte. Einen Haken hatte die Sache nur deshalb, weil der dafür notwendige Transportchein gefehlt war. Außer der erlittenen Untersuchungshaft und der verlustig gegangenen Viecher muß der Mann noch 200 Mark als Strafe bezahlen. — Einen andern kostete die Nichtabgabe eines Schweines bei der Viehhaltung 150 Mark. — Wegen zweier Vergehen des Diebstahls wurde ein Mann zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt, etwa 30 Pfund Zwiebel und 70 Pfund Äpfel hatte er auf fremdem Eigentum gemistet. — Mit der Zahlung von 100 Mark als Buße zugunsten des Sozialen Hilfswerks erklärten sich ein junger Liebhaber und sein gewasenes „Verhältnis“, das er aus Erregung über Schwätzerien geschlagen hat. — Durch einen ebenso langen als dummdreisten Brief sollte ein Ehepaar verunglimpft werden. Der bald entlarvte einfältige Anonymus konnte für seine Schmeichelei keinerlei Beweis erbringen. Seine Romantik und Abbitte führten zur Zurücknahme des Strafantrags; unter diesen Umständen ließ der Richter noch einmal Milde walten und sah von einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe ab. Es bleibt aber eine Geldbuße in Höhe von 200 Mark, dem Sozialen Hilfswerk zugute kommend.

Familiennachrichten

Unsere Gabriele-Elisabeth ist angekommen. In großer dankbarer Freude: Hermann Schulz u. Frau Ledwilla, Altburg, zur Zeit Kreiskrankenhaus Calw, 6. Dez. 1947.

Als Vermählte grüßen: Walter Carle, Klara Carle, geb. Wagner Göttingen, Kreis Calw, den 23. November 1947.

Calw, 3. Dezember 1947. Meine liebe Frau, unsere treuherzige Mutter.

Ella Knobel, geb. Jung wurde nach kurzer, schwerer Krankheit von uns genommen. Für alle Beweise der Teilnahme, für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen für die Kranke und sonstigen Spenden sowie für die Begleitung zur letzten Ruhestätte danken wir herzlich. In tiefem Leid: Der Gatte: Karl Knobel mit Kindern und Anverwandten.

Bruderhaus-Berneck, 1. 12. 47. Unsere liebe Mutter, Großmutter und Schwiegermutter Marie Brenner geborene Ohagenmach

durfte im Alter von fast 73 Jahren heimgehen. Wir haben sie am ersten Adventssonntag zur letzten Ruhe gebettet und danken herzlich für die erwiesene Teilnahme in stiller Trauer: Die Kinder mit Anverwandten.

Das Leichenbegängnis, 4. Dez. 1947. Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme anlässlich der Trauerfeier meines lieben Mannes und Vaters Otto Wohlbeher Sattler und Wirt

sagen wir herzlichsten Dank. Besonderen Dank dem Herrn Stadtpfarrer, dem Männer-Gesangverein Liederkreis, dem Kirchenchor, der Sattler- und Tapezierinnung Calw sowie für die vielen Blumenspenden und allen, die an der Trauerfeier teilnahmen. Die trauernde Gattin: Frida Wohlbeher mit Tochter Frida und Sohn Otto und allen Anverwandten.

Gechingen, 10. Dez. 1947. Der Herr über Leben und Tod hat uns durch ein tragisches Unglück unsere liebe Tochter und Schwester

Erna Lutz im blühenden Alter von 22 Jahren entrissen. Wir haben die liebe Verstorbene zur letzten Ruhe gebettet. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die überaus große Beteiligung bei der Beerdigung, des erhabenden Gesangs des Chors, die Kranzniederlegungen und die trostreichen Worte des Ortsgeistlichen sagen wir aufrichtigen Dank. Die trauernden Hinterbliebenen: Gottlob Lutz mit Frau Emma, geb. Zipperer, u. Kindern Elfrida, Eberhard, Mammut und Reinhold und allen Verwandten.

Emberg, 3. Dezember 1947. Todesanzeige und Dankagung im Alter von 83 Jahren durfte unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter, Schwägerin und Tante

Marie Pfommer am 24. Nov. in die ewige Heimat einziehen. Wir haben sie am 27. Nov. zur letzten Ruhe geleitet. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir von allen Seiten erfahren durften, danken wir herzlich. Besonders danken wir dem Herrn Geistlichen für die trostreichen Worte, für den liebevollen Pfleger des Krankenstellers, den Herren Ehrentröper, dem Chor, für die vielen Kranzspenden, sowie allen, die sie zur letzten Ruhe geleitet haben. Die trauernden Hinterbliebenen.

Stellenangebote

Bezirksvertreter(in) für die Kreise Calw und Freudenstadt gesucht. Sehr gute Verdienstmöglichkeit sowie dauernd und sichere Existenz geboten. Nichtfachleute werden eingearbeitet. Bewerbungen an Bezirksverwaltung Hermann Kleinle, Calw, Althausstraße 12.

Bezirksvertretung in Calw v. groß. angeh. Schwäb. Verx.-Gesellschaft ab sofort zu vergeben. Herren, die bei höchsten Provisionsätzen u. Leihzinszuschüssen b. g. Erfolge, für uns arb. wollen, mögen sich bewerben u. C 3702 an Schwäb. Tagblatt Calw.

Mechaniker, tüchtiger, mit allen vork. Arbeiten vertraut, nicht unter 30 Jahren, in klein. Betrieb für Spezialfertigung, in Vertrauensstellung nach Calw gesucht. Angebote mit Zeugnissen u. biog. Tätigkeitsangabe unt. C 3709 an Schwäb. Tagblatt Calw.

Junge mit Oberschulbildung, ds. Lust hat, als Fachkaufmann im Druckgewerbe zu lernen, findet Lehrstelle in der A. Oelschlägerscher Buchdruckerei, Calw.

Sekretaria, mögl. m. Schreibm., i. halbtags auf 1. Januar gesucht. Angeb. u. C 3713 an S. T. Calw. Das Evangel. Erziehungsheim Stammheim/Calw sucht für die verschiedenen Abteilungen einige jung. weibliche Hausgehilfinnen sowie eine staatl. geprüfte Säuglingspflegerin. Zimmermädchen, tücht., ehrliches, auf 1 oder 15. Januar, ebenso ein tücht. Mädchen für Küche mit Kochkenntn. des Angeb. u. C 3672 an Schwäb. Tagbl. Calw. Mädchen, mögl. nicht unter 18 J., für Geschäftshaus und kleine Landwirtschaft gesucht. Bedingg. Grundheiligkeit, Gute Verpfleg. und Behandlung sowie Familienanschluß wird zugesichert. Angebote unter U 165 Zeitschau Anz.-Verm., Sulz a. N. Buchdr.

Kaufgesuche

Mantel oder Mantelstiefel zu kaufen evtl. im Tausch gesucht. Angeb. unter C 3717 an S. T. Calw. Klavier zu kaufen oder mieten gesucht. Zuschriften unter C 3716 an Schwäb. Tagblatt Calw. Kinderklocher, st., sow. Puppenwagen gen. Vereinsbau gesucht. E. Kautny, Calw, Salzstraße 12. Schützen, Spur 0, oder sonst. Zubehör für Kinderreisbahn dringend gegen gute Bezahlung ges. Karl Witz, Calw, Lange Steige 13

Fleißigstammler sucht zu kaufen: 1 P. Damenschuhe Gr. 39, 1 P. Kinderschuh, Gr. 30, 1 P. Kinderschuh, G. 26/27, Bettwäsche, Federbetten, 1 eis. Bettgestell, 1 Kleider- u. Wäscheschrank, ein Radio (auch Volkssamp), Gardinen, Läufer, Teppich und sonst. Haushalt- und Einrichtungsgegenstände. K. H. Dawensee, Nagold, Gerberstraße 22.

Tausch / Geboten

Opel F 4 und DKW-Motorklasse, ohne Reifen und Felgen, gegen einen starken PKW., fahrbereit (Benzin oder Holz), oder einen leichten LKW sofort zu tauschen gesucht. Ausföhr. Angebote unt. C 1221 an S. T. Neuenbürg.

Motorrad-Hilferrad, neu, 300x19, gesucht Vorderrod, 350x19. Ferner wird gesucht Bosch-Motorrad-Scheinwerfer und Vergaser f. 350 ccm., gegen gute Entschädigung. Angeb. u. C 3700 an S. T. Calw.

Märkila-Dampfmachine, groß, ges. 2 Pr. Skistiefel, Gr. 37 1/2 u. 42. Angeb. u. C 3704 an S. T. Calw. Puppenstube, gut erb., mit Möbeln gesucht tücht. Mädchenstiefel, Gr. 38. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des S. T. Calw.

Verschiedenes

Verloren am 25. 11. a. d. Strecke Wildbad, Calmbach, Calw, Wildberg, Nagold, Rohrdorf und zurück Nagoldstraße bis Pforzheim Leinensack mit gebrauchten Kleiderstücken. Da Besitzer z. T. Flüchtlinge und Evakuierte, wird dringend um Rückgabe gegen sehr gute Belohnung bei d. Polizeidienststellen od. direkt bei Fa. C. Fegert, Pforzheim, Dammstr. 22a, gebet. Verlorenes Ohrhörn mit echt. Aquamarin, Wiederbringer erhält gut. Belohnung. E. Kautny, Calw, Salzstraße 12.

Kriegsv. Verwaltermann übernimmt Rechnungsablässe u. a. Zuschriften erbeten unter C 1226 an Schwäb. Tagbl. Neuenbürg. Puppenstube neu, samt Möbel abzugeben. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des S. T. Calw. Einige Janchofester, neu, im Auftrage abzugeben. Angebote unt. C 3690 an Schwäb. Tagbl. Calw.

Heiratsanzeigen

Weihnachtswunsch! Landwirt, Ende 30, ev. gut. Charakter, wünschenswertes Mädchen, möglichst Landwirtstochter, b. 33 Jahre, zwecks baldiger Heirat kennen zu lernen. Zuschriften, mögl. mit Foto, erbeten unter C 3701 an Schwäb. Tagblatt Calw.

Einheirat in Brauerei und Mälzerei bietet Dame, Mitte 20, hübsche Erschein. einem tücht. Fachm. mit Hochschulbildung, Geschäftsführer, Auf. 30, led., 1,08, charakterv. Personl. ers. Neig.-Ehe. Buchhändler, 57 J., led., wünscht Witwe, ohne Kind, mögl. mit Wohn. Diskrete Auskunft auch über andre Vermerkerungen erteilt gerne Frau Erika Hofmann, Eheinst. Stuttgart W, Gutenbergstraße 9, Tel. 69815

Schön viele glückliche Ehen sind im Schwarzwaldskreis geschlossen worden. Darum auch heute Ihre Anmelddung Monatlich Beitrag RM 3 — ohne teure Nachzahlung bei Verheiratung. Briefe mit Rückporto an die Leiterin Frau Freya Krause-Erdinghaus 114b Hirsau/Calw Landh. Prov. Persönliche, erfolgreiche, langjährige Eheanbahnung aller guten Kreise in Stadt und Land. Viele gute Partien sind vorgemerkt. Frau Else Stralle Stuttgart-Deinlich, Rubenstraße 12 Linien 5 und 16 bis Degerloch Westbahnhof.

Tiermarkt

Zugochse, auch Einspänner, 12-15 Ztr. schwer, gesucht. Karl Meisenbacher, Schönbühl, Langenbrunnerstraße Nr. 34. Schlachtkuh, junge, vollfleischige, tauscht g. junge Nutz-u. Fahrkuh. Georg Rau, Talmühle. Schlachttiere, gute, geboten gegen junges Ziegenlamm. Ausk. erteilt die Geschäftsst. des S. T. Calw. Jungziege, 6 Monate alt, gesucht. Schlachtkoch. Auskunft erteilt d. Geschäftsst. des S. T. Calw. Zechthäsin (Silber), schöne, ges. D.-Wäsche u. D.-Kleidung G. 42. Angeb. u. C 3705 an S. T. Calw. Wolfshand, zweijährig, mit Stammobbaum abzugeben. Alb. Schreiber, Schubgesch., Ehausen, K. Calw.

Volkstheater Calw

Morgen Samstag, den 13. Dez., nachmittags 14 und 16 Uhr, mitgen wir ein buntes Märchenprogramm für Klein und Groß zum Einheitspreis von RM. 1.—.

Geschäftliches

Wohnungsgesuchtes! Beunruhigten! Besuchen Sie die Ausstellung in Calw, Gasthaus zur Linda, am Sonntag, 14. Dezember, von 10-17 Uhr. — Wir zeigen neue Modelle, Entwürfe und Bilder, die Sie interessieren werden. Kostenlose Auskunft für jedermann über Bau- und Wohnsparen, Finanzierung von Wohnhäusern aller Art, Leiberger Bausparkasse A.-G., Leiberger, Vertret. W. Hermann, Altensteig, Marktplatz.

Glock und Freude durch einen Gewinn der Südd. Klassenlotterie. Ziehungsbeginn 14. Januar. Fast jedes 2. Los gewinnt. Ueber 7 Millionen Mk. Gewinn. 250 000, 150 000, 100 000 usw. Lospreis 1/4 = 3.—, 1/2 = 6.—, 1/3 = 12.—, 1/1 = 24.— Mk. je Klasse. Nur 3 Klassen. Sämtliche Lotteriegewinne sind einkommensteuerfrei. Versand überallhin durch die Staatl. Lotterieverwaltung Glückslo. Bad Cannstatt, Marktstraße 16, Postfachkonto 7815 Stuttgart.

Für jedes Kind ein Mithlbergers

Tier- und Märchen-Bilderstempel-Spiel Bürobedarfshaus H. Mithlbergers, (14b) Calw, Marktplatz 24. Achtung! Weihnachtsgeschenke! Elektr. Dampfheizungen, 120 bis 220 Volt-Geräte auf fahrb. Gestell mit Anschlussstecker, kann an jeder Lichtleitung angeschlossen werden, sofort lieferbar ab Werk. Muster steht zur Besichtigung bereit bei Gustav Hönig, Handelsvertretungen, Nagold, Marktstraße 43 wo auch Auskunft erteilt wird. Felle aller Art: Fuchs, Marder, Iltis usw. für Hasen- und Kaninchen-Punktchecks kauft Fritz Burkhardt, Händler, Neuweller, Telefon Nr. 26

# Ueber Menschenrecht und Menschenwürde

Süddeutsche Journalisten als Gäste der Evangelischen Akademie in Bad Boll

Der Geist der beiden Blumhardt lebt in Bad Boll auf eine sehr evangelische, sehr aktive Weise weiter. Die württembergische Landeskirche ist heute nicht mehr die Pfarrers- und Ständekirche von ehemals, als sie Christoph Blumhardt eben darum, weil er in der württembergischen Sozialdemokratie und als Landtagsabgeordneter tätig war, seines Predigtamtes entthronte.

Die Not hat die „Evangelische Akademie“ geboren. Trotz des platonisierenden Titels ist sie im Grunde nichts anderes als die Wiederbelebung der Blumhardtschen Methode: Man ruft Männer und Frauen aus allen Schichten und Ständen nach Bad Boll, man diskutiert allerdings nicht weltlich-politisch um dies und das, sondern versucht, wie dies die Blumhardts getan haben, die christliche Verkündigung, die Botschaft der Bibel in ihrer uneingeschränkten Fülle und Wahrheit, mitten in die Probleme der Welt, der Erziehung, der Wissenschaft, der Politik, der Presse usw. hineinzustellen, um so im lebendigen Gespräch zu erfahren, wo und wie weit wir heute — wir Leute des beruflichen Lebens — noch Christen sein können.

### I.

Die Vorträge, die wir geladenen Journalisten über das Wochenende hörten, wurden zwar durchweg von überzeugten Christen gehalten, doch waren sie so ausgewählt, daß schon aus der Themastellung ein reicher Diskussions- und Aussprachestoff herausrang. Es ist nicht die Absicht dieses Berichtes, die Gedanken der einzelnen Redner hier wiederzugeben. Es sprachen lauter Autoritäten und Kenner ihres Fachgebietes: etwa der Kirchenhistoriker von der Hochschule zu Marburg, Professor Ernst Benz über „Menschenrecht und Menschenwürde in der Kirchengeschichte der Ostkirchen“, der Direktor des Predigerseminars im bayerischen Neudettelsau D. Georg Merz über dasselbe Thema im Blick auf die christliche Botschaft, Dr. Eberhard Müller über „das Menschenbild der biblischen Sündenfallgeschichte“. Als Vertreter der Ostzone hielt der Generalsekretär der CDU in der Ostzone, Dr. Robert Tillmanns, ein Referat über den Marxismus.

Es versteht sich fast von selbst, daß die Bezeichnung, sofern sie Aussprache wurde, sich des Gegensatzes zwischen Ost und West, anders ausgedrückt des Unterschiedes des Menschenbildes im biblischen und im weltlich-kommunistischen Sinne bemächtigte. Da galt es zunächst, sich die marxistische Weltanschauung zu vergegenwärtigen. Ein marxistischer Sowjetmensch versteht etwas anderes unter Menschenrecht und Menschenwürde als ein Christ. Wir haben das miteinander besprochen und freimütig versucht, dem, was da drüben vor sich geht, gerecht zu werden. Theoretisch wenigstens fühlt sich der Sowjetmensch als ein Glied der kommunistischen Gesellschaftsordnung, er ist zuerst ein gesellschaftliches und dann erst ein personhaftes Wesen, alles, was er tut, tut er als Funktionär einer Öffentlichkeit. Selbst die Frau gehört nicht der Familie und in die Familie, auch sie ist erst Mensch, wenn sie an irgendeiner öffentlich geforderten Aufgabe mitarbeitet. In der Würde, gleichberechtigten Personen am Aufbau der kommunistischen Ordnung zu sein, spielen im östlichen Marxismus das Geschlecht oder die geistig-intellektuellen Unterschiede zwischen Mann und Frau nur noch eine sehr geringe Rolle. Es fiel in der Diskussion auf, daß man, auch wenn man Christ ist, sich nicht mehr moralisch darüber ersträubt, wenn der Sowjetmensch allen seinen Eifer nicht mehr für religiöse Fragen und Glaubensstandpunkte einsetzt, sondern in einem Kultus der Arbeit, einer Verherrlichung der Technik, einer fast naiven Freude am Fortschritt, an materiellen Errungenschaften sein Gedenken findet.

Er nährt seinen sehr starken Elan aus einem grenzenlosen Optimismus, aus einem verständnislos kaum fahbaren Glauben an den endgültigen Sieg seines Gesellschaftssystems über den Kapitalismus. Undiskutierbar ist für ihn der von Marx prophezeite Untergang jeglicher kapitalistischer Wirtschaftsform. Für ihn gibt

es im Grund nur eine Würde und eine Freiheit, im primitivsten Sinne „aufgeklärt“ zu sein, frei von Aberglauben der Religion. Die Herrschaftsform der Partei und der Diktatur des Proletariats nimmt er dafür hin. Er denkt also so wie die Nazi auch gedacht haben: Wer ein Feind des Systems ist, hat kein Lebensrecht mehr, er wird untergehen. Die Brüderlichkeit und Zusammengehörigkeit aller Menschen und Völker wird erst dann reale Wirklichkeit, wenn der Kapitalismus, der Exponent der Ausbeutung, Versklavung und des unstilligen Gewinnstrebens, nicht mehr besteht. Wo er noch besteht, sind die Menschen schlecht, unfrei, würdelos. Als Herr Tillmanns einen höheren russischen Offizier fragte: „Was tun Sie, wenn die von Marx prophezeite Produktionskrise in den USA nicht eintritt und der Kapitalismus sich als lebensfähig erweisen wird?“, antwortete dieser: „Dann will ich Mitglied der römisch-katholischen Kirche werden.“

Wir wurden uns in der Aussprache einig, daß die Mobilisierung der „emotionalen Schichten“ im Menschen die Gefahr allen Fanatismus heraufbeschwört: Das Gewissen wird narzotisiert, das Kollektivdenken erstarkt das Gefühl für die persönliche Freiheit und ist bereit, die schrecklichsten Versklavungsmaßnahmen entweder kritiklos hinzunehmen oder überhaupt nicht zu bemerken, daß es sich hier um Verbrechen handelt. Wir haben dafür genügend Parallelen aus dem Dritten Reich.

### II.

Wir waren selbstverständlich daran interessiert, zu erfahren, wie weit die Ostzone schon vom Kommunismus durch die Berührung mit den Sowjets vorgeformt ist. Herr Tillmanns ließ keinen Zweifel darüber, daß die CDU in der Ostzone auf einem verlorenen Posten steht. Sie hält so lange aus, bis sie erledigt ist. Dann wird sie in die Katakomben gehen. Die Versammlungskräfte der SED sind leer. Man will nichts von ihr wissen. So sehr die CDU die ethischen Impulse des Marxismus ernst nimmt und sie bejaht, so sehr man die Mißbräuche des Monopolkapitalismus ablehnt, so wird man doch die Sowjets nie befriedigen können, deren ganze Taktik das Entweder-Oder verlangt. Die Versuche, kommunistische Wirtschaftsformen in der Ostzone anzuwenden, müssen deshalb als gescheitert betrachtet werden, weil sich die russischen Ordnungen nicht auf die deutschen Verhältnisse übertragen lassen. — Um nun den kommunistischen Anzug für den deutschen Menschen passend zu machen, müssen den Deutschen die Arme abgehakt werden. Welche Verkehrung des Menschenbildes! Der Mensch als Person wird vernichtet, damit der „homo oeconomicus“ marxistisch-östlicher Herkunft lebele!

Was für Aussichten hat in Rußland die orthodoxe Kirche? Herr Benz ist zurecht, er glaubt nicht an den eisernen Vorhang, haben wir drüben begegnen sich Christen in einem gemeinsamen Glauben an die Menschenwürde, die ihre Kraftquellen anderswoher erhält als aus der marxistischen Weltanschauung. Aber er weiß, daß die von Stalin erlaubte Ausübung des orthodoxen Kultus fast gar keinen Einfluß auf die Masse der Sowjetmenschen hat und in gar keiner Weise in freien Wettbewerb mit der marxistischen Propaganda treten kann. Immerhin hat der Patriarch von Moskau in seinen neuesten Erlassen diejenige Taktik befürwortet, die bei uns die Deutschen Christen unter Hitler ausübten: Die russische Kirche ist eine nationalrussische Anlegenheit, sie ruft alle Ostkirchen, also die Balkankirchen, unter den Befehl des Moskauer Patriarchen. Sie wird freilich keine Staatskirche wie unter den Zaren, sondern eine Missionskirche, die wie die kommunistische Propaganda nur der Machterhöhung Moskaus dient.

### III.

Welchen Aspekt bietet dagegen die westliche Welt? Hat sie den Glauben an den Untergang der Sowjets etwas entgegenzusetzen, das heute ebenso das Ohr des Volkes hat wie die Ver-

kündigung drüben? Manche von uns meinten zweifeln zu müssen. Fehlt es uns an leitenden Ideen? Leben wir nicht „zwischen den Zeiten“? Sind die wirklich frommen christlichen Reste etwa Ueberbleibsel oder keimende Zukunft?

Luthers berühmter Doppelsatz „Ein Christenmensch ist ein freier Herr aller Dinge...“ und ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge...“ enthält ja wohl das ganze Geheimnis und die ganze Spannung, in der sich der Christ innerhalb jedes staatlichen Ordnungsgewebes bewegen kann und muß. Aber er wirft den Menschen zugleich zurück auf den ganz personhaften Glauben an die gefallene, sündige Schöpfung, aus der nur und einzig durch den Glauben an Christus, an das Kreuz, an den Ueberwinder Rettung möglich ist. Das war die Botschaft der Blumhardts: „Jesus ist Sieger!“ und wie es auf Christophs Grabstein in Boll steht: „Es bleibt ewig ausgemacht, Sein wird die ganze Welt.“ Wer aber vermöchte das noch in seiner vollen Einfachheit und Wucht zu glauben!

Herr Merz hat uns gezeigt, daß dieser Glaube in den Bodenschwingen und den Blumhardts frei von allen Ideologismen, Programmen und Philosophien, offizielle Moralen eine bewundernswerte soziale Tat ermöglichte: die Mündigkeitserklärung aller Verstoßenen, Landstreicher, Arbeitslosen, physisch und seelisch Verelendeten zu Bürgern und Erben des Gottesreiches, indem diese großen Christen ihnen „Herbergen der Gerechtigkeit“ erstellten, wo ihre geschändete Ehre, ihr von dem Kapitalismus und durch Erbschuld zerstörtes Leben zu echter Gottebenbürdlichkeit wieder hergestellt wurde. Herr Merz zog daraus auch die Konsequenzen für ein mögliches Christentum von heute: Es kann freilich nie und nimmer ein einfaches, aufgedärrtes natürliches Christentum sein, es kann nur sein ein sich dem zweiseitigen Ernst des Schriftwortes

## Lange Geduldsprobe...

Hirnverletzte werden unterrichtet — Schwer-Kieferverletzte wieder zurechtgerichtet

Mehr noch als eine Rente ist für Schwerekriegsbeschädigte die Steigerung des Lebensgefühls wichtig. Alle Bemühungen im Versorgungswesen gehen deshalb darauf hinaus, diesen Kriegsgopfern durch geeignete Behandlung teilweise die Arbeitsfähigkeit wiederzugeben. Der Hirnverletzte, der nach langer Behandlung wieder einigermaßen im Leben seinen Mann stellen kann, der seiner Hände beraubte Arbeiter der Faust, der nach der kunstvollen und bewährten Operationsmethode des großen Chirurgen Sauerbruch unter Zuhilfenahme von Prothesen nicht mehr vollkommen hilflos und total arbeitsunfähig ist, der Schwerekieferverletzte, dem der hohe Stand der Kieferchirurgie und die Kunst der Gesichtsplastik zugute kommen, sie alle sind von Herzen dafür dankbar, daß ärztliche Kunst sich emsig um sie bemüht. Es gehört aber auf beiden Seiten eine unendliche Geduld dazu. Zum Lobe vieler Schwerekriegsbeschädigter kann gesagt werden, daß sie diese Tugend entwickeln und auch die notwendige Willenskraft aufbringen, von der starken Hoffnung auf den Erfolg besetzt.

Die ärztliche Wissenschaft wiederum bemüht sich, alle Fortschritte den Schwerekriegsbeschädigten zugute kommen zu lassen. Beschliche Erfolge sind zweifellos zu verzeichnen, nicht nur bei der Behandlung, sondern auch bei der Beratung. So kann die seit 14 Jahren bestehende Beratungs- und Fürsorgestelle für Hirnverletzte beim Hauptversorgungsamt Tübingen, die einzige dieser Art für ganz Süddeutschland, melden, daß bis heute 80 Prozent der von ihr in Obhut genommenen Hirnverletzten wieder berufstätig tätig sein können, wobei natürlich auch eine Umschulung unvermeidlich war. Für die Erprobung derartiger Umschulungsversuche stehen erwerbslosweise 14 Tübinger Betriebe zur Verfügung. Hirnverletzte müssen eine besonders lange Geduld haben, weil sie oft wie ein kleines Kind von vorne wieder anzufangen gezwungen sind. Psychologen — von Haus aus Studienräte — die in gleicher Eigenschaft schon während des Krieges in Lazaretten gearbeitet haben, sind mit viel Spürsinn und beruflicher Hingabe bei der Arbeit, um im Einzel- oder Gruppenunterricht die Denkfähigkeit der Hirnverletzten durch geeignete Methoden anzuregen. Das ist eine mühevollste Arbeit, die vom Lehrer sehr viel Geduld voraussetzt

verantwortliches Christentum, das unter der Autorität des Herrn steht.

Als manche von uns eine größere Öffentlichkeit der Kirche wünschten, hat das Herr Merz zurückgewiesen. Kirche kann nur sein in der Freiheit von der Welt, um wirken zu können durch Predigtamt und Sakramente in die Welt. Karl Barths theologische Arbeit der letzten drei Jahrzehnte hat ihre Früchte getragen. Sogar der Laie weiß heute, daß die Kirche mehr ist als ein Caritas- und Wohltätigkeitsverband, mehr ist als ein Weltanschauungsverein, daß von der Kanzel herab weder dogmatische Lehren noch politische Stellungnahmen verkündet werden dürfen. Die Zeitgemäßheit der Kirche besteht in ihrer jederzeitigen Unzeitgemäßheit. Sie darf als Kirche nicht dem einzelnen Menschen die Entscheidung über weltliche Dinge abnehmen, sie muß ihm aber zeigen, von welchem irrationalen Grund aus er ermächtigt wird, so und nicht anders zu handeln, so und nicht anders dem freien Mitmenschen zu helfen.

Herr Merz hat die unlösbare Verschränktheit aller Menschenrechte mit der christlichen Botschaft gezeigt. Für ihn können darum „Familie, Predigtamt und Oberkeit“, gar nicht durch eine weltliche Doktrin im Ernste überwunden werden. Sie können zwar gefährdet, bedroht, entstellt, aber nicht aufgehoben (d. h. vernichtet) sein in einer kommunistischen Gesellschaft.

Herr Merz hat sehr richtig bemerkt, daß gerade in den ländlichen Siedlungsformen das Familien- und Personenleben eine Art Schutz gegen die Verflüchtigung des Lebens bildet. Und in diesen, auch wirtschaftlich rentablen Kleinbetrieben ist der christliche Sozialismus mehr als in den Großbetrieben eine lebendige Macht, ein Ausstrahlungszentrum. Es ist denkbar, daß von solchen Kleinzentren aus wieder, wie zur Zeit der Blumhardts, Gustav Werner und Bodelschwing ein christlicher Sozialismus größerer Bedeutung entstehen kann. Haben wir also Grund zu zweifeln oder auf das allumfassende Liebes- und Schöpferwort des Herrn der Kirche nur eine stumme Antwort zu geben?

Dr. Ernst Müller

Auch die im Versorgungskrankenhaus Urach untergebrachten Schwerekriegsbeschädigten müssen noch mehr Geduld aufbringen. Professor Dr. van Dackelmann, ein früherer Mitarbeiter Sauerbruchs, behandelt dort nach orthopädisch-chirurgischer Methodik schwerste Fälle mit recht gutem Erfolg. Der ehemalige Maurer kann — um nur ein Beispiel zu erwähnen — nach glücklicher Operation unter Zuhilfenahme von Prothesen demnach als Krankentrassenkontrolleur doch wieder einen Posten im Leben ausfüllen, auch wenn ihm beide Hände fehlen. Zur hochentwickelten Kunst des aus Knebeln stammenden Kieferchirurgen Dr. Dr. Schmid haben die Patienten uneingeschränktes Vertrauen. Das wird auch bei verständlich, nachdem wir an einem Dutzend vorgestellter Fälle die einem Laien unklar phantastisch (der Ausdruck ist hier durchaus am Platz) erscheinenden Ergebnisse feststellen konnten, die auf dem Gebiet der Kieferchirurgie in Urach vorzuzählen werden können. Wie kunstvoll werden hier Kinn und Kiefer geformt, wie präzise die Gesichtszüge wieder zurechtgerichtet und Nasen genau nach alten Fotografien, Gesichtsmasken und Modellen rekonstruiert. Aber die Operationen sind keine Seltenheit, bis ein derartig verstümmelter wieder einigermaßen menschenwürdig aussieht. Das ist eine wahrhafte Geduldsprobe! Aber sie wird willig überstanden, weil vom Erfolg der Behandlung eben die Steigerung des Lebensgefühls des Patienten in hohem Maße abhängt.

### Beschlüsse des Eisenbahnverkehrsrates

Der Verkehrsrat der Süddeutschen Eisenbahnen hat die Weiterbeschäftigung von Besetzten im Alter von über 45 Jahren in Schienenstellenungen beschlossen. Die französische Militärregierung hat diese Anordnung genehmigt. Für bestimmte Lohngruppen bei der Eisenbahn, soweit gestaffelte Zulagen in Frage kommen, ist eine Übergangsregelung zustande gekommen, die auch nach Vereinbarungen zwischen Vertretern der Gewerkschaften und der Privatbahnen auf dem Gebiet der Privatbahnen Gültigkeit hat. Die endgültige Regelung steht noch aus.

### Ordnung im Transportwesen wird erstrebt

Reutlingen. Hier wurde als Ergebnis der Verband „Kraftverkehr Württemberg-Hohenzollern“ gegründet, der die Aufgaben des früheren Reichkraftwagen-Betriebsverbandes im wesentlichen übernehmen wird. Der Verband will die Wiederherstellung der Ordnung im Transportwesen durchführen, wie z. B. auch die Tarifgestaltung wieder auf eine gesunde Basis führen und die zugehörliche Wirtschaft ausschalten. Die neugegründete Genossenschaft hat ihren Sitz in Reutlingen, Bismarckstraße 22. Vorstandsmitglieder sind: Ferber, Reutlingen; Ziegler, Reutlingen und Frey, Schönmünzach. Dem Aufsichtsrat gehören an: Adam Schneider, Reutlingen; Baum, Freudenstadt; Manz, Tübingen; Cammerer, Pfronten; Herrmann, Laupheim; Wagner, Weingarten; Albus, Bietenhäuser (Kreis Hechingen); Dorsch, Buchau; Bock, Bettingen und Ferber, Reutlingen.

### Quer durch die Zonen

Wegen fortgesetzter Amtsanwartschaften verurteilte die Strafkammer in Reutlingen den früheren Bahnhofsvorsteher Julius Ertwein aus Weilingen, Kreis Reutlingen, zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust, seine Ehefrau wegen Hehlerei zu drei Monaten Gefängnis. Ertwein hatte Gefäßstücke, Koffer und Kisten an sich genommen, den Inhalt für sich verbraucht oder weiterverkauft. — Seiten 74. Geburtstag feiert am 18. Dezember Oberlehrer I. E. Schmid in Kappel, Kreis Ravensburg. Er hat dort über 36 Jahre als Lehrer, Organist und Chordirigent gewirkt. — Der See-Verlag in Friedrichshafen kann auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. — Bei Ravensburg sprang ein Mädchen von einem fahrenden Güterzug ab. Dem wurde das linke Bein abgetrennt. — Im württembergischen Oberland mahnen sich Wandbühnen. Im Kreis Saulgau wurden neuerdings ein Landpostbote und ein Mann überfallen. In dem einen Fall erhielt der Überfallene einen Stich in den Arm, der Landpostbote konnte seinen Angreifer überwältigen. — In Pirmasens im Oberland wurde der 42 Jahre alte Primarwaller von einem Fahren getötet. — Bauer Josef Knill von einem Fahren getötet. Wegen Tierquälerei erhielt ein 44 Jahre alter Landwirt aus Rickenbach vom Amtsgericht Lindau einen Monat Gefängnis. Er hatte seine beiden Kühe bis zu Skeletten abmagern lassen.

## Aus der christlichen Welt

### Der Herr ist nahe

Die Adventsbotschaft vom nahen Gott scheint nur noch für Kinder recht zu sein, die die Tage auf Wächterschichten zählen. Den anderen ist Gott ferne im Alltag ihrer Sorgen. Wo ist er denn auf den großen Kirchenfesten, auf denen das Schicksal von Millionen entschieden wird? Es ist, als ob sein Mund stumm wäre, und keinen Rat in unserer Ausweglosigkeit, unsern Feinden und den Feinden seiner Kirche keinen Ruch mehr übrig hätte, als ob sein Ohr taub wäre für unsern Flehen und Bitten und sein Auge blind für unsern Jammer und unsere Not. Bist du müde, müdest du Unglücklichen in seltsamer Veranschaulichung der Hölle uns zusehen, vielleicht schließt er auf Gott oder ist er auf Rosen!

Dann aber greift plötzlich die Hand Gottes ganz nahe, in eigener Führung, in unser persönliches Leben herein. Sieht nicht er hinter der Gestalt des Todes, der da edelnd den jungen Menschen aus unserer Mitte hinwegnimmt? Sieht nicht er vor uns, wenn die Gestalt dieser Welt in tausend Zuckungen zu zerbrechen scheint? Wenn die Seele ihr eigenes Ungenügen und Unvollkommenheit und Harren und Warten schmerzhaft empfindet?

Die Schrift ist erfüllt von der Botschaft vom nahen Gott. Er ist nicht ferne einem jeden von uns; in ihm leben wir, bewegen wir uns und sind wir, lehrt Paulus in Athen. Nahe ist der Herr denen, die ihn suchen, ermöglicht das Alte Testament. Mitten unter euch steht er, verkündet der Täufer. Gott mit uns wird der Name des Erlösers sein und der Herr wird unter ihnen wohnen, so wie er einst im Paradies mit ihnen gewandelt. Ist er doch den Menschen nie verlassen. Nur wir haben ihn hinab die Tage, hinab die Nächte. Er aber: „Ich werde mich ihnen nähern wie das Fleisch ihres Körpers, denn ich bin ein allherrscher Gott und nicht ein Gott der Ferne, spricht der Herr.“

So meint es Paulus: „Der Herr ist nahe.“ Er bezieht es nicht auf die nahe kirchliche Feier der Geburt Christi. Es ist nichts in diesem Wort von dem schmerzlichen Warten der Kinder auf das Christkind, nichts von dem ungeduldigen Zählen der noch verschlossenen Fenster ihres Adventshauses. Aber es ist Antwort auf das ungeduldige Warten des kämpfenden und unterliegenden Menschen auf Hilfe, des Gefangenen auf Befreiung, des Kranken auf den Tag der Heilung; es ist Gegenruf auf den Schnaucher der Welt: Wann kommt du Ret-

ter aus der Not, wie lang bleibst du verborgen, auf das Bitten der Kirche: Biete auf deine Macht, o Herr, und komm und eile uns zu Hilfe mit starker Macht!

Der Herr ist nahe. Schon greift sein Reich herein, schon will sein Licht aufgehen in der Nacht, schon steht er mitten unter uns im Geheimnis der Abendmahlsworte. Was werden wir tun? Immer nur im Kreise herumlaufen um unser eigenes Ich? Heraus aus der Enge unseres Geschickes, das nicht kann, als Schlangensteinen vor den Knappen Angeboten dieser Welt? Der Herr ist nahe! Auf, ihm entgegen!

### Neue Verfassung der katholischen Kirche?

CND. Im Zusammenhang mit den immer wieder auflebenden Gerüchten über die bevorstehende Veröffentlichung eines päpstlichen Rundschreibens wird in katechetischen römischen Kreisen über eine Umgestaltung der römischen Kurie gesprochen, die demnach weitgehend internationalisiert werden soll. Statt eines Kardinalstaatssekretärs würde es demnach einen Kanzler der Römischen Kirche geben. Damit würde auf alte Einrichtungen zurückgegriffen werden, wie die noch heute bestehende Apostolische Kammer, die seit dem Ausbau des Staatssekretariats in den Hintergrund getreten war. Der Kanzler würde wie ein Premierminister über den Kongregationen, die nicht von Kardinalen, sondern von Sekretären geleitet würden. Der Kanzler hätte, da er nicht für Lebensdauer ernannt würde, dem Papst gegenüber die Verantwortung eines Ministerpräsidenten. In diese neue kuriale Verwaltung sollen sämtlich Persönlichkeiten aus allen Ländern, in denen eine katholische Hierarchie besteht, berufen werden. Die Persönlichkeit Pius XII. wäre für die Durchführung einer solchen Reform besonders geeignet, da er mit der Internationalisierung des Kardinalkollegiums im Jahre 1948 einen Schritt getan hat, der sie Vorbereitung einer solchen Änderung verstanden werden kann.

### Die Lage in Deutschland

Der päpstliche Visator Bischof Muench, der in diesen Tagen aus den USA nach Frankfurt zurückgekehrt ist, schilderte dem amerikanischen Episkopat die ungeheuren Nachkriegsverhältnisse Deutschlands. Er erwähnte die Unzulänglichkeit der Zonengrenzen, die schlechten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und die große Not der Vertriebenen und Heimatlosen. „Keine Nation in der ganzen Geschichte ist jemals von so vielen Wegen mit Elend überspült

worden wie jetzt Deutschland.“ Bischof Muench forderte die amerikanischen Katholiken auf, noch mehr als bisher zu spenden.

### Die deutsche Delegation für Amsterdam

Die deutsche Delegation, die die Evang. Kirche in Deutschland auf der Weltkirchenkonferenz 1948 in Amsterdam vertreten wird, ist jetzt vom Rat der Evang. Kirche in Deutschland aufgestellt worden. Sie umfasst fünf Kirchenführer, fünf Sachverständige, vier Vertreter der kirchlichen Verwaltung und sechs Laien. Unter den Delegierten befinden sich die Bischöfe D. Warm, Stuttgart; Diebelius, Berlin; Lille, Hannover; Kirchenpräsident Niemöller, Frankfurt; Oberbürgermeister Metzger, Darmstadt; Ministerpräsident A. D. Stöcker, Kiel; Justizminister Heinemann, Essen und Prof. Ritter, Heidelberg.

(CND) Führende katholische Schulmänner, leitende Angehörige der süddeutschen Kultusministerien und andere maßgebende Persönlichkeiten haben auf Einladung der über ganz Deutschland verbreiteten katholischen Schülerorganisation eine Tagung in Stuttgart abgehalten. Sie haben in einer gemeinsamen Entschließung die christlichen Grundsätze der Schülerorganisation festgelegt. Grundständig wurde die Anerkennung des Elternrechts gefordert.

Der Bischof von Limburg, Ferdinand Dirichs, und der Abt von Maria Laach, Basilius Ebel, erhielten von der Katholisch-theologischen Fakultät der Universität Mainz die Würde eines Ehrendoktors der Theologie.

Papst Pius XII. verlieh dem berühmten Wiener Chirurgen, Prof. Dr. Finsterer, das Komturkreuz des Sanktsteuereordens.

Vergangenen Sonntag feierte Landesbischof D. Warm, das Oberhaupt der Evangelischen Kirche Deutschlands, seinen 78. Geburtstag.

(CND) Landesbischof D. Warm hat in seiner Eigenschaft als Oberhaupt der evang. Kirchen in Deutschland Dr. Edson, den Erzbischof von Upsala, nach Stuttgart eingeladen, um mit ihm Möglichkeiten einer Einwirkung auf die Londoner Konferenz von nicht politischer Seite her zu besprechen.

(CND) Prälat Dr. Karl Hartenstein, seit 1928 der Bevollmächtigte der Basler Mission für Deutschland, teilt mit, daß im letzten halben Jahr 128 im Missionsdienst tätige Männer mit ihren Frauen und Kindern aus Japan, China, Indonien, Indonesien, Afrika, Jamaika in ihre Heimat zurückgekehrt sind.

